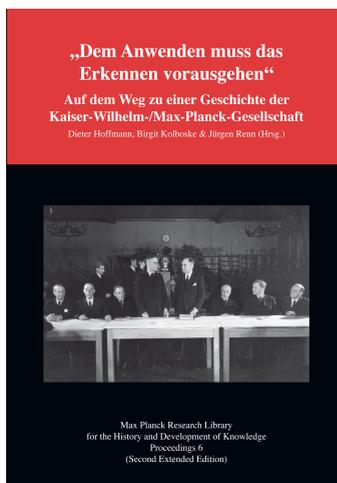


# Max Planck Research Library for the History and Development of Knowledge

## Proceedings 6

*Mitchell G. Ash:*

Ressourcenaustausche: Die KWG und MPG in politischen Umbruchzeiten—1918,  
1933, 1945, 1990



In: Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hrsg.): *„Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen“ : Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft (Second Extended Edition)*

Online version at <http://edition-open-access.de/proceedings/6/>

ISBN 978-3-945561-01-0

First published 2015 by Edition Open Access, Max Planck Institute for the History of Science under Creative Commons by-nc-sa 3.0 Germany Licence.

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/de/>

Printed and distributed by:

Neopubli GmbH, Berlin

<http://www.epubli.de/shop/buch/43397>

The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available in the Internet at <http://dnb.d-nb.de>

## Kapitel 9

# Ressourcenaustausche: Die KWG und MPG in politischen Umbruchzeiten—1918, 1933, 1945, 1990

*Mitchell G. Ash*

### 9.1 Einleitung – Theoretische Bruchstücke

Dass die Geschichte des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik eine Beziehungsgeschichte ist – das scheint inzwischen eine Selbstverständlichkeit zu sein; doch es besteht keineswegs Konsens darüber, was für eine Beziehung gemeint ist oder wie ihre Geschichte erzählt werden soll.<sup>1</sup> Deshalb beginne ich mit einigen grundsätzlichen theoretischen Bemerkungen, ohne den Anspruch zu erheben, hier ein vollständig ausgearbeitetes Modell anbieten zu können.

Erstens: „Die“ Politik an sich gibt es ebenso wenig wie „die“ Wissenschaft als solche. Beide sind im Jargon der Sozialwissenschaften *moving targets*, das heißt, dass es sich keinesfalls um fixe, klar definierte und unveränderliche Größen, sondern um Kollektivsingulare handelt, deren jeweilige Definitionen, Inhalten, Strukturen und Zielrichtungen im Verlauf der Zeit einer fortwährenden Änderung unterzogen werden. Gerade deshalb kann eine Beziehungsgeschichte dieser beiden Handlungsfelder derart spannungsreich sein.

Zweitens: Dass Politik und Wissenschaft sich „im Wesenskern einander fremd“<sup>2</sup> seien, wie Max Weber seinerzeit schrieb, kann heute nur noch behaupten, wer entschlossen ist, Francis Bacons (1561–1626) geflügeltes Wort, „Wissen ist Macht,“<sup>3</sup> geflissentlich zu ignorieren. Da müsste doch die Verbreitung von Kriegs-, Militär- und Machtmetaphern beispielsweise in der Physik, in der Bakteriologie und selbst in Forstwissenschaften, oder die Verwendung der gleichen Forschungspraktiken in Universitätsinstituten, Industrie- und Waffenlabors seit dem späten 19. Jahrhundert, etwas zu denken geben. Des Weiteren zu nennen wäre die von Lutz Raphael (1864–1920) bereits vor 15 Jahren so genannte Verwissenschaftlichung des Sozialen im 19. und 20. Jahrhundert,

---

<sup>1</sup>Vgl. hierzu u.a. Ash (2010e, 11–46).

<sup>2</sup>Weber (1968, 490f.).

<sup>3</sup>Helmholtz (1903, 180).

die einen Siegeszug der administrativen Vernunft mitten in die grundlegenden Formulierungen vieler Humanwissenschaften hineingetragen hat.<sup>4</sup>

Drittens: Wissenschaft ist seit dem späten 19. Jahrhundert ohne institutionalisierten Forschungsbetrieb schlechterdings unmöglich, wenn nicht gar undenkbar. Die lang tradierte und in der öffentlichen Diskussion noch immer gängige Denkweise, die jeweiligen institutionellen Verfasstheiten wissenschaftlicher Forschung als bloße „Randbedingungen“ abzuhandeln, lehne ich im Folgenden radikal ab: denn es gibt kein Bild ohne Rand. Von den hochgradig kontingenten Wandlungen der institutionellen Bedingungen wissenschaftlichen Arbeitens, wie diese in politischen Umbruchzeiten sichtbar sind, wird sehr wohl die Rede sein, diese werden hier aber nicht bloß als „Randbedingungen“ behandelt. Vielmehr wird hier von durch eben solchen politischen Umbrüchen verursachten, zum Teil grundlegenden Wandlungen, von bereits bestehenden Verflechtungen von Wissenschaft und Politik auf mehreren Ebenen die Rede sein – also von Entflechtungen und Neuverflechtungen, welche die Bedingungen der Möglichkeit wissenschaftlicher Forschung unter zum Teil radikal veränderter Bedingungen darstellen.

Nun, wie sollen derartige Entflechtungen und Neuverflechtungen historisch zu denken sein? Als Arbeitshypothese betrachte ich zunächst einmal die Situation zu Beginn eines radikalen Regimewechsels, wie sich dieser in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts viermal ereignet hat, als grundsätzlich offen. Demzufolge gehe ich davon aus, dass neu verhandelt werden muss, was jeweils als Wissenschaft beziehungsweise als Politik gelten und in ihrem Namen geschehen soll. Beide Größen, so meine These, stehen zunächst einmal zur Disposition und werden zum Teil unter Bezugnahme aufeinander neu bestimmt. Dass große Teile dessen, was in politischen Umbruchzeiten Politik werden kann oder soll, ohne direkten Bezug auf Wissenschaft verhandelt werden, ist allen historisch Kundigen klar.

Daraus ergibt sich die Frage danach, wo die Verhandlungsbeteiligten, wo „Wissenschaft“ und wo „Politik“ jeweils zu suchen sind. Vorrangig dabei sind im Hinblick auf die hier im Mittelpunkt stehenden Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft (im Folgenden: KWG und MPG) und ihre Institute wohl Allianzen auf der Ebene der Zentrale beziehungsweise der Institutsdirektoren oder Abteilungsleitern einerseits und der Industrieelite, der Ministerialbürokratie oder anderen maßgeblichen Instanzen andererseits. Inzwischen wissen wir nicht zuletzt dank der Arbeit der von damaligen Präsidenten der MPG Hubert Markl eingesetzten Präsidentenkommission zur Geschichte der KWG im Nationalsozialismus und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weitaus mehr als früher über diese Verbindungsebene im Falle der KWG und der frühen MPG; auf

---

<sup>4</sup>Raphael (1996, 165–193).

diese Arbeiten werde ich hier auch zurückgreifen.<sup>5</sup> Und wir wissen auch, dass diese Beziehungsgeschichte als die Geschichte einer „Korruption“ von „reiner Wissenschaft“ durch eine ihr wesensfremde „Ideologie“ nicht mehr erzählbar ist. Vielmehr gilt es, gerade diese lang tradierte Redeweise selbst auf ihre historische Funktion, das heißt als diskursive Ressource im historischen Geschehen zu begreifen; denn gerade die Rede von einem „Missbrauch“ der „reinen Grundlagenforschung“ erwies sich als äußerst funktional im neu zu gestaltenden Zusammenspiel von Wissenschaft und Politik nach 1945, wie auch nach 1990. Ebenso zu historisieren wäre die vermeintliche Selbstverständlichkeit, dass Geisteswissenschaften ohnehin leichter „korrumpierbar“ seien als vermeintlich „objektive“ Natur- und Technikwissenschaften. Dass gerade solche mutmaßlichen Selbstverständlichkeiten nach 1989/1990 zum Faktor im hochschul- und wissenschaftspolitischen Geschehen geworden sind, sollte uns allein aus methodologischen Gründen Warnung sein; eben deshalb geht es nicht an, solche Annahmen zur Grundlage der Analyse hinzunehmen.

Der Ansatz zur Analyse solcher hochkomplexen Wandlungsvorgänge – Neuerhandlungen der Beziehungen beziehungsweise zur Herstellung neuer Verflechtungen von Wissenschaft und Politik, der in diesem Beitrag noch einmal Anwendung finden wird, dürfte bereits weithin bekannt geworden sein. Trotzdem umreißt ich ihn hier noch einmal in wenigen Worten. Die Rede ist von *Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander*.<sup>6</sup> Dem zugrunde liegt eine Erweiterung des Ressourcenbegriffes über seine gewöhnliche, auf das Ökonomische begrenzte Ebene hinaus. Konkret in Bezug auf das Verhältnis von Wissenschaftswandlungen und politischen Umbrüchen soll von einer *Umgestaltung von Ressourcenkonstellationen* die Rede sein.<sup>7</sup> Darunter sind Finanzmittel, aber ebenso Beziehungen und Allianzen (heute, frei nach Niklas Luhmann, zeitweilige und wandelbare Koppelungen genannt) zwischen wissenschaftlichen und staatlichen oder wirtschaftlichen Funktionsträgern zu verstehen. Provisorisch wird hier von drei Ressourcentypen die Rede sein: Personal, institutionelle Ressourcen (darunter finanzielle Mittel, aber ebenso Räumlichkeiten sowie Geräte und Forschungspraktiken) und ideologische Zuschreibungen. Ein vierter Ressourcentyp – Reflexivität beziehungsweise die Vermeidung derselben – wird hier auch eine, wenngleich etwas untergeordnete Rolle spielen.

Wichtig ist sich darüber Gedanken zu machen, wie wir uns diese Umgestaltung von Ressourcenkonstellationen vorzustellen haben: Bei Bruno Latour, dessen Buch *Science in Action* Ausgangspunkt meiner Theoriebildung war,<sup>8</sup> scheint

<sup>5</sup>Vgl. hierzu auch Ash (2010a).

<sup>6</sup>Ash (2002, 32–51; 2006, 19–37).

<sup>7</sup>Vgl. hierzu Ash (1999a; 2004).

<sup>8</sup>Latour (1987). Bemerkenswerterweise ist dieses Werk im Gegensatz zu vielen anderen Büchern des Autors bis heute noch nicht ins Deutsche übersetzt worden.

das Geschehen wie eine Art *bricolage* zu verlaufen, wobei die jeweiligen Elemente – Allianzen, institutionell verankerte Praktiken, Geräte usw. – offenbar beliebig miteinander kombinierbar sind. Wer das meiste von alledem erfolgreich miteinander verknüpft, hat gewonnen. Die Geschichte wird erst danach als unaufhaltsame Bewegung in Richtung Gewinner und dessen Ansatz neu geschrieben. Was denn unter solchen Umständen keine Ressource sei – diese Frage hat Arne Schirmmacher in einer Besprechung des damals grundlegenden Aufsatzes von mir schon einmal mit Recht gestellt.<sup>9</sup> Meine Antwort lautet: diese Frage kann allein situativ, das heißt, im jeweiligen Handlungskontext und nicht durch abstrakte Überlegungen beantwortet werden. Das ergibt sich zwangsläufig aus der oben bereits artikulierten Grundannahme, dass es sich bei Wissenschaft und Politik durchgehend um *moving targets* handelt. So pragmatisch, wie die Beteiligten sowohl bei der institutionellen als auch der Forschungsarbeit sowie bei ihren strategischen Äußerungen über all dies in der Öffentlichkeit vorgegangen sind, so wird hier auch mit ihnen und den Begriffen Bruno Latours verfahren werden.

Damit komme ich endlich zu zwei weiteren Grundannahmen, die den folgenden Ausführungen zugrunde liegen sollen. Die erste dieser Grundannahmen stellt so etwas wie eine glatte Umkehrung eines unter Historikern gängigen Denkmusters dar: Kontinuität ist demnach in Zeiten politischer Umbrüche keine Selbstverständlichkeit, in solchen Zeiten ist doch eher Wandel die Norm! Damit wird deutlich, dass Kontinuität – genauer: die (Wieder)Herstellung derselben – Arbeit kostet, welche Arbeit von wem unter welchen Umständen dazu erforderlich war, ist hier gerade das Thema. Zweitens: während aller vier der hier zu besprechenden Regimewechsel fanden fundamentale Verhandlungen zur Neuverflechtung von Wissenschaft und Politik bei laufendem Betrieb statt. Der Agrarwissenschaftler Günther Schilling (\*1930), damals Rektor an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, beschrieb mir gegenüber Anfang der 1990er Jahre die Neugestaltung seiner Institution nach der Wende als eine vollständige Überholung des Betriebs bei laufendem Motor. Als musikalisch veranlagter Historiker ist mir dabei ein anderes Bild in den Sinn gekommen, und zwar das von zwei ungleichen Tanzpartnern, die auf einer glatten Tanzfläche ungelentk versuchen, ihren gemeinsamen Rhythmus zu finden.

*Last not least* sei mir noch ein Wort in Bezug auf das gestattet, was hier besprochen werden soll – und was nicht. Im Einklang mit der Themenstellung des dieser Publikation zugrunde liegenden Kolloquiums ist die Rede von der KWG beziehungsweise der MPG und nicht von den Hochschulen, wenngleich Beziehungen zwischen diesen und jenen eine nachweisliche Rolle gespielt haben mögen. Im Wesentlichen – und auch im Hinblick auf den Textumfang – wird mehr

<sup>9</sup>Schirmmacher, 19. November 2002, <http://www.hsozkult.de/hfn/publicationreview/id/rezbuecher-1860>.

von der Generalverwaltung der KWG/MPG als von den einzelnen Instituten die Rede sein. Um der klaren Darstellung willen gehe ich recht schematisch vor: Für jeden Regimewechsel wird der politische beziehungsweise wissenschaftspolitische Wandlungskontext sehr kurz vorangestellt, dann werden die drei oder vier bereits genannten Ressourcentypen mit Bezug auf die KWG/MPG durchgegangen. Eine gewisse Schiefelage der Darstellung ergibt sich dabei aus dem gegenwärtigen Stand der Forschung: Zur Besprechung der ersten drei Regimewechsel kann und werde ich aus einer Fülle an Forschungsliteratur schöpfen (auch wenn ich die Vorgänge und Ergebnisse gelegentlich anders interpretiere), während die Rolle der MPG im wissenschaftspolitischen Geschehen um die deutsche Wiedervereinigung bislang noch nicht ins Visier der Historiker genommen wurde. Das liegt unter vielem anderen wohl auch am Aktenzugang, der auch mir noch nicht möglich gewesen ist. In dieser und auch in anderer Hinsicht handelt es sich um *work in progress* – noch offene Fragen werden daher explizit benannt.



Abb. 9.1: Wilhelm II. auf dem Weg zur Einweihung des KWI für Chemie am 23. Oktober 1912, dahinter Adolf Harnack, Emil Fischer und Fritz Haber.

## 9.2 1918

Was genau wandelt sich im Verhältnis der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Politik in Deutschland nach dem Ende des Kaiserreiches? Die damit einhergehenden Wandlungen lassen sich auf drei Ebenen zu konstatieren, wobei es sich

bei alledem um Transformationen handelt, die bereits im Ersten Weltkrieg begonnen hatten und keinesfalls auf Deutschland begrenzt waren. Zunächst geht es um die Wandlungen im Verhältnis von Wissenschaft und Militär im Ersten Weltkrieg – und zwar weltweit. Die Mobilisierung und Selbstmobilisierung von Wissenschaftlern und ihren Arbeitstechniken für Kriegsaufgaben und waffentechnische Projekte nahm nicht allein im Deutschen Reich, aber dort sicherlich, enorme Ausmaße an; immerhin wurden sechs Kaiser-Wilhelm-Institute (KWI) im Ersten Weltkrieg gegründet. Zweitens fand dabei in mehreren Fällen eine qualitative Änderung statt: mehr noch als eine bloße Anwendung der Wissenschaft hat in solchen Fällen eine Technisierung der Grundlagenforschung stattgefunden. Und drittens führten in ganz Europa die gestürzten Monarchien zu politischen Wandlungen, die vor allem, wenn auch nicht allein von den führenden Männern der KWG mit Bestürzung registriert wurden. Infolgedessen wurde in Deutschland die Republik eingeführt, eine dort bis dahin noch unbekannte Staatsform. Gerade die chaotischen ersten Jahre der Weimarer Republik sind ein exzellenter Beleg für die zuvor formulierte These, dass auch Politik am Beginn des Geschehens eine noch unbestimmte, geradezu unbestimmbare Größe darstellt.

Wie von mehreren Historikern bereits ausführlich dargelegt worden ist, konnte an den wissenschaftlichen Forschungsinstituten auf personeller Ebene Kontinuität verhältnismäßig rasch hergestellt werden. „Politische“ Entlassungen im engeren Sinne kamen in der KWG kaum vor. Der Präsident wie auch der Name der KWG blieben der alte – die Ansprechpartner des Präsidenten in den Ministerien überraschenderweise häufig auch.

Den größten Verlust für die Forschung stellten natürlich die gefallenen Wissenschaftler dar. Ihrer wurde sowohl an den KWI als auch an den Hochschulen namentlich gedacht; die Bedeutung dieser personellen Verluste für die Forschung dort ist meines Wissens allerdings bislang noch nicht direkt thematisiert worden. Ob es eine Gesamtliste aller im Krieg gefallenen Wissenschaftler der KWG gegeben hat, ließ sich nicht ermitteln. Und vielleicht war es auch gerade den Kriegsverlusten geschuldet, dass Deutschland in diesen Jahren im Rahmen der inter- und transnationalen Migrations- und Zirkulationsbewegungen eher ein Aufnahmeland war: Unter den Flüchtlingen der politischen Umwälzungen in den anderen Ländern, etwa der Revolution der Bolschewiki und dem darauf folgenden Bürgerkrieg sowie der massiven Vertreibung der „kritischen Intelligenzija“ 1923 in Russland, oder der gescheiterten Revolution 1919 in Ungarn und den danach erfolgten politischen Repressalien, sowie der Einführung eines *numerus clausus* für jüdische Studierende durch das Nachfolgeregime des Großadmirals Horthy (1868–1957), befanden sich zahlreiche (auch angehende) Wissenschaftler.<sup>10</sup> Infolgedessen kamen Forscher wie Michael Polanyi, Sergej Tschachotin

<sup>10</sup>Zu Ungarn siehe Frank (2009) sowie zuletzt Karady und Nagy (2012) und Kovacs (2012).

(1883–1973) und Nikolai Timofeev-Ressovsky (1900–1981) zur KWG. Wie viele davon dort Aufnahme fanden, ist noch nicht umfassend erforscht worden.

Auf institutioneller Ebene wurde die neue politische Situation erst mit Verzögerung anerkannt. Bereits 1918 und erneut 1919 votierten Senat und Verwaltungsausschuss der KWG für die Beibehaltung des Gründungsnamens. Erst 1920 wurde der neuen Preußischen und der Reichsregierung erstmals das ehemals kaiserliche Hoheitsrecht eingeräumt, die Hälfte der Senatsmitglieder zu ernennen.<sup>11</sup> Und offenbar wurde erst danach der grundlegende Wandel der KWG-Finanzierungsquellen in Zuge der allgemeinen Geldentwertung denkbar. Während in den Gründungsjahren das Modell einer Mischfinanzierung zwischen Staat und Industrie vorherrschte, sprang ab 1921 der Staat für die ausgefallene Industrie und Mäzene ein.<sup>12</sup> Zwar wurde dies in den folgenden Jahren etwas korrigiert, doch der Richtungswandel blieb bestehen. Dies ging einher mit einer Umwandlung der Generalverwaltung der KWG. Kam der Gründungspräsident Adolf von Harnack zunächst noch mit nebenamtlich tätigen Generalsekretären (Ernst von Simson, Ernst von Trendelenburg) zur Erledigung der zentralen Verwaltungsangelegenheiten aus, so baute ab 1922 Friedrich Glum hauptamtlich – und ab 1927 als „Generaldirektor“ – diese Verwaltung zu einem „behördenähnlichen Apparat“ aus.<sup>13</sup> Der von Harnack verankerte Grundsatz, nicht in das Eigenleben der Institute einzugreifen, blieb auch dabei richtungsweisend. Glum entfaltete eine bis dahin ungekannte Netzbildungstätigkeit auf der Basis seiner vielfachen Mitgliedschaften in den Honoratiorenvereinen, die auch schon im Kaiserreich Treffpunkte von Wirtschaftsspitzen, hohen Beamten und anderen Eliten waren. Dies wurde unterstützt durch die bereits bestehenden und zum Teil neu gestalteten Netzwerke der Institutsdirektoren, die es ermöglichten, eben diese Eliten in den Senat und andere Gremien der KWG zu rekrutieren und dadurch ein bemerkenswertes, für die Hochschulen kaum denkbare Prinzip zu realisieren: „Die KWG verhandelt mit sich selbst“.<sup>14</sup>

Trotz dieser restaurativen Tendenzen fand auf Institutsebene ein starker Wandel statt. Sechs neue Institute wurden allein in den frühen Jahren der Republik gegründet, und zwar mit einer sichtbaren Dominanz der wirtschafts- und staatsnahen Institute. Oder wie Peter Christian Witt es ausdrückte: „Nicht für ein Forschungsinteresse wurde Geld gesucht, sondern Geld suchte sich – ein dann auch beliebiges Forschungsinteresse“.<sup>15</sup> Auch schon bestehende Institute, wie beispielsweise das von Fritz Haber geleitete KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie, erfuhren starke personelle Veränderungen, Strukturwand-

<sup>11</sup>Hachtmann (2007b, 96).

<sup>12</sup>Vgl. hierzu Witt (1990, 579–656).

<sup>13</sup>Hachtmann (2007b, 101).

<sup>14</sup>Ebd., 140.

<sup>15</sup>Witt (1990, 623).

lungen sowie Änderungen im Forschungsprogramm. Der Versailler Vertrag schien den im Krieg verknüpften Allianzen zwischen Wissenschaft, Industrie und Militär, wie sie durch die Kaiser-Wilhelm-Stiftung für kriegstechnische Wissenschaft verkörpert wurden,<sup>16</sup> ein Ende bereitet zu haben, doch suchte und fand man Mittel und – gegebenenfalls geheime – Wege, diese Verbindungen aufrechtzuerhalten und im neuen Kontext wirksam werden zu lassen.<sup>17</sup>

Auf der Ebene ideologischer Zuschreibungen bestand – zumindest in den halbwegs modern gesinnten Teilen der Führungselite – Konsens darüber, dass Wissenschaft und Kultur die einzigen Gebiete seien, in denen Deutschland noch Weltrang besaß. Bereits fünf Tage nach der Novemberrevolution, die er als „Tage des nationalen Unglücks“ wertete, sagte Max Planck, dass zumindest eins „uns kein äußerer und innerer Feind genommen [hat]: das ist die Stellung, welche die deutsche Wissenschaft in der Welt einnimmt.“<sup>18</sup> Carl Duisberg, seit 1920 als Dritter Schatzmeister Mitglied des Verwaltungsausschusses der KWG, brachte dies 1922 fast überdeutlich auf dem Punkt: „Jeden Groschen, den wir übrig haben, wollen und müssen wir für die Förderung wissenschaftlicher Forschung verwenden.“<sup>19</sup> Nicht nur in diesem Fall bedienten sich die wissenschaftlichen Hauptakteure einer auffallend ökonomistischen Sprache.

Vorrangig war hier allerdings eine bestimmte symbolische Ressource, nämlich der imperiale Name der Gesellschaft, deren Beibehaltung nach kontroverser Diskussion, wie bereits zuvor erwähnt, beschlossen wurde. Räumlich gesehen ist ebenfalls ein damit zusammenhängender, nicht minder symbolträchtiger Wandel zu vermerken: die Generalverwaltung der KWG bezog 1922 neue, repräsentative Räume ausgerechnet im Hause ihres ehemaligen Patrons – im Berliner Stadtschloss. Die Nachbarschaft zur Zentrale der 1920 gegründeten Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft sowie auch zu den zuständigen Preußischen Ministerien war dabei keineswegs nur von symbolischer Bedeutung.

Alles das verband man aber mit einer zunehmend technokratischen Rhetorik. Die Gründung der staatsnahen Institute – beispielsweise des KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik 1927 – rechtfertigte man mit dringenden gesellschaftlichen Problemen, die durch Wissenschaft gelöst werden sollten.<sup>20</sup> Das war ein Einfallstor für den Typus des Experten, der dann aber vielleicht doch

<sup>16</sup>Maier (2007, Bd. 1, 138–152).

<sup>17</sup>Vgl. hierzu Szöllösi-Janze (1998).

<sup>18</sup>Planck auf der Sitzung der Preußischen Akademie der Wissenschaften vom 14. November 1918, zitiert nach Hachtmann (2007b, 102).

<sup>19</sup>Carl Duisberg, Rede vor der Hauptversammlung des „Vereins zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie Deutschlands“ 1921, abgedruckt in Duisberg (1923, 604).

<sup>20</sup>Fischer (1926); vgl. hierzu Schmuhl (2005).

nicht so ganz abge sondert vom Generalisten-Geheimratstypus blieb, wie es in der neueren Literatur oft suggeriert wird.<sup>21</sup>

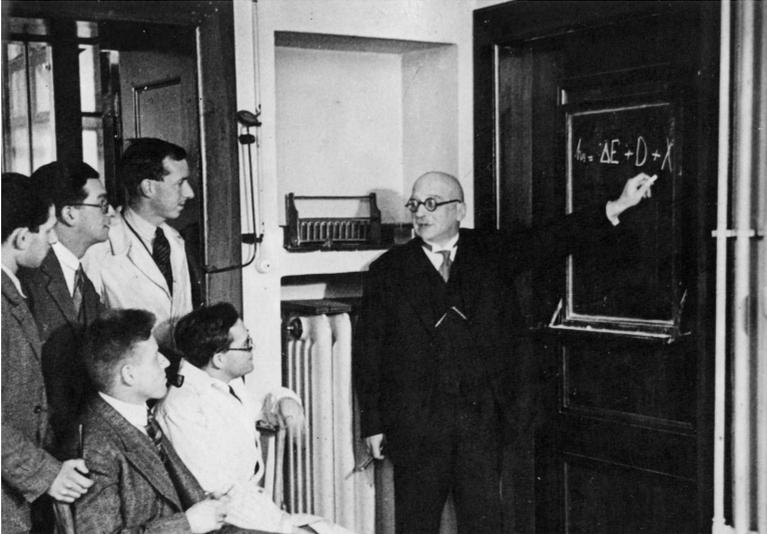


Abb. 9.2: Fritz Haber im KWI für physikalische Chemie u. Elektrochemie, sitzend (v.li. n.re.) Hans Dietrich Graf von Schweinitz, Ladislaus Farkas und in der Mitte stehend Paul Goldfinger flankiert von dem Laboranten Dreschner und einem Unbekannten, ca. 1930.

An dieser Stelle ein kurzer Exkurs zum Thema Reflexivität. In dieser Umbruchszeit reagierten die KWI-Direktoren hinsichtlich einer Reflexion ihrer Tätigkeiten vor 1918 eher mit einer Vorwärtsverteidigung. Ihr zeitweiliger Ausschluss aus internationalen Wissenschaftskooperationen führte zu keinem objektiven Überdenken des Geschehens, geschweige denn zu einer moralischen Reflexion ihrer wissenschaftlichen Beteiligung am Krieg. Vielmehr erinnerten sie eindringlich an eben diese Verdienste, beispielsweise in der Rüstungsforschung oder der Wirtschaftsplanung, als es Anfang der 1920er Jahre um die Wiederherstellung und den Ausbau ihrer Einflussosphäre ging. Somit bot die Fortsetzung kriegsbedingter Denkstile weniger Anlass zu einer Reflexion, aus der neue Forschungsthemen entwickelt wurden, denn zur Fortsetzung eines bereits im Krieg, wenn nicht schon vorher eingeführten wirtschaftsnahen beziehungsweise technokratischen Denkens. Als Beispiel solcher Zusammenhänge nenne ich hier le-

<sup>21</sup>Harwood (1993, 183–212).

diglich Fritz Habers Auftritte 1920 vor dem Militär und 1923 vor einem Unterausschuss des Reichstags, zur Rechtfertigung des Gebrauchs chemischer Waffen. Verantwortung zu übernehmen hätte insbesondere im zweiten Fall das Einstehen für Kriegsverbrechen (im Sinne des Verstoßes gegen die HLKO) bedeutet, was aber von vorneherein ausgeschlossen wurde. Positiv kodiert wurde hingegen die vaterländische Pflichterfüllung.<sup>22</sup>

### 9.3 1933

In den 1920er Jahren kam es zu grundlegenden Veränderungen in der internationalen Forschungsförderungslandschaft: Mit den großen Stiftungen in den USA und dem Sowjetsystem betraten zwei neue Akteure die wissenschaftspolitische Bühne und auch Japan begann, als Wissenschaftsnation in Erscheinung zu treten. Die Konkurrenz von Wissenschaft in Diktaturen und in der Demokratie hatte zwar noch nicht die ideologisch stereotype Form wie später im Kalten Krieg angenommen, doch in den Köpfen existierte sie bereits. In Deutschland reagierten KWI-Direktoren in Einzelfällen mit dem Eingehen neuer Allianzen, wie beispielsweise im Fall von Oskar Vogts Auftragsarbeit am Hirn von Wladimir Iljitsch Lenin (1870–1924) oder der Teilfinanzierung der eugenischen „Erbbestandsaufnahme“ des deutschen Volkes durch die der Rockefeller-Stiftung. *Business as usual* war offenbar die Devise, selbst als Anfang der 1930er Jahre viele Institutsbudgets durch die Weltwirtschaftskrise ins Wanken gerieten.

Anders als beim Regimewechsel 1918 scheint der KWG-Leitungsebene im Jahre 1933 – und beileibe nicht nur ihr – zunächst trotz aller Reden von einer „nationalen Revolution“ nicht ganz klar gewesen zu sein, wie grundlegend dieser Regimewechsel werden sollte. Dies zeigte sich gleich zu Beginn auf personeller Ebene in der unsicheren Anwendung des so genannten NS-Berufsbeamtengesetzes, dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ (BBG) vom 7. April 1933, auf die einzelnen Kaiser-Wilhelm-Institute.<sup>23</sup> Interessant zu beobachten ist, dass das Gesetz hauptsächlich an den vom Staat finanzierten Instituten zum Einsatz kam, jedoch an den von der Industrie oder aus anderen privaten Mitteln finanzierten KWI nicht in derselben Konsequenz angewendet wurde. Was jedoch nicht im Umkehrschluss bedeutet, dass dort die als „Nichtarier“ kategorisierten Wissenschaftler gänzlich unbehelligt blieben. Neuere Forschungen von Reinhard Rürup und Michael Schüring zum personellen Ressourcenaustausch jener Zeit haben ein sehr differenziertes Bild zutage gebracht. In Rürups bewusst als vorläufig bezeichneter Aufzählung ist die Rede von insgesamt 104 wissenschaftlichen Mitarbeitern, zehn (von insgesamt 35) Direktoren beziehungsweise Leitern von For-

<sup>22</sup>Haber (1924), vgl. hierzu ausführlicher Ash (2008, 318–320) sowie die dort zitierte Literatur.

<sup>23</sup>Vgl. dazu ausführlich Hachtmann (2007b, 372–393).

schungsstellen, sieben Abteilungsleitern, sowie insgesamt 21 von 65 seinerzeit aktiven wissenschaftlichen Mitgliedern der KWG, die infolge des Berufsbeamtengesetzes und späterer Maßnahmen ihre Stellung verloren.<sup>24</sup> Die sehr ungleiche Verteilung der Verluste unter den Instituten wird dabei zu Recht als Indiz für die relative Offenheit gegenüber meritokratischen Anstellungskriterien vor 1933 interpretiert. Problematisch daran ist, dass überhaupt nur drei Institute stark affiziert waren – das KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie, das KWI für medizinische Forschung und das KWI für Faserchemie. Habers Institut erlebte mit der Entlassung von 24 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern (einschließlich Gastforschern) bei Weitem den stärksten Aderlass von allen Instituten, infolgedessen Haber bekanntlich selbst zurückgetreten ist.<sup>25</sup> Das Institut für Faserchemie musste aufgrund des Verlusts fast all seiner Mitarbeiter, darunter auch Direktor Reginald Oliver Herzog, sogar geschlossen werden. Demgegenüber stehen andere Kaiser-Wilhelm-Institute an denen fast gar kein Austausch stattfand, der auf den politischen Umbruch zurückzuführen gewesen wäre.

Wichtig ist dabei die Umkehrung der Perspektive, wenn danach gefragt wird, welcher und wessen Verlust hier gemeint ist. Am 16. Mai 1933 schrieb Curt Stern (1902–1981) (damals Assistent am KWI für Biologie) an seinen Direktor Max Hartmann in einem Brief dessen Abschrift er an mehrere Kollegen schickte: „Es fällt meiner Frau und mir furchtbar schwer, uns äußerlich von Deutschland zu trennen. Sie wissen, dass ich mich stets als Deutscher gefühlt habe.“<sup>26</sup> Weniger zurückhaltend ausgedrückt, handelt es sich hierbei um das Trauma einer extrinsischen Identitätszuschreibung: andere bestimmten, wer als „Jude“ zu gelten hatte. Von den bereits genannten 104 Entlassungen waren 92 rassistisch und lediglich 12 „politisch“ begründet, im engeren Sinne einer Mitgliedschaft beziehungsweise eines aktiven Eintretens für Parteien oder sonstige Gruppierungen, die sich gegen den Nationalsozialismus gestellt hatten. Waren die Entlassungen der als „Juden“ kategorisierten Mitarbeiter trotzdem politisch? Vom Standpunkt der neuen Machthaber waren sie es sehr wohl, denn für sie stellte „Rasse“ eine politische Kategorie dar. Doch nimmt man stattdessen wieder die Opferperspektive ein und fragt, ob jeweils verstanden wurde, warum einem/einer das alles plötzlich widerfuhr, dann fällt die Antwort auf diese Frage weniger klar aus.

Was die weiteren Lebenswege der Entlassenen betrifft, so emigrierten etwa 60 von ihnen in die USA oder nach Großbritannien beziehungsweise sieben nach

<sup>24</sup>Zusammenggezählt aus: Rürup (2008, 92–134); vgl. die nur leicht abweichenden Zahlen in Schüring (2006).

<sup>25</sup>Eigene Zählung des Autors auf der Grundlage der Angaben in Schüring (2006, 88–103), abzüglich der nichtwissenschaftlichen Kräfte sowie des Direktors Fritz Haber, der als aktiver Frontkämpfer im Ersten Weltkrieg von der Entlassung formal ausgenommen war, aber selbst zurücktrat.

<sup>26</sup>Curt Stern an Max Hartmann, 16. Mai 1933, zitiert nach Deichmann (1992, 41).

Palästina.<sup>27</sup> Das heißt, die vertriebenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der KWG verteilten sich auf ihre jeweiligen Einwanderungsländer in etwa gleich wie ihre aus den Universitäten vertriebenen Kolleginnen und Kollegen. Trotz der vielfachen Mobilisierung zahlreicher internationaler Verbindungen und der Hilfeleistungen unterschiedlicher Hilfskomitees, konnte über ein Viertel der vertriebenen Forscherinnen und Forscher ihre wissenschaftliche Arbeit laut Reinhard Rürup „gar nicht oder nur unter erheblichen Einschränkungen fortführen“.<sup>28</sup> Offen bleibt dabei die Frage, wie stark und welcher Art der Wissenschaftswandel war, der aus all diesen erzwungenen Karriere- und Kulturbrüchen resultierte. Noch wichtiger für das vorliegende Thema ist die Frage, ob ein Verlust an Wissenschaftlern auch einen Verlust an Wissenschaft bedeuten musste? Ist denn überhaupt bekannt, welche Forschungsprogramme infolgedessen endgültig abgebrochen werden mussten und welche nicht?

Kehren wir nun noch einmal zu den verschiedenen Ressourcentypen zurück: Was die institutionelle Seite betrifft, ist Max Plancks ambivalentes Verhalten bereits mehrfach besprochen worden.<sup>29</sup> Dieses wurde im Wesentlichen durch die Illusion bestimmt, dass es sich bei den Nationalsozialisten um eine legitime Staatsführung handelt, der man sich loyal gegenüber zu verhalten habe. Sein in der Literatur mehrfach zitierter „Besuch“ bei Adolf Hitler am 16. Mai 1933 sollte dem neuen Machthaber die problematischen Folgen seiner Politik aufzeigen – ein Unterfangen, das jedoch bekanntlich ohne Erfolg blieb.<sup>30</sup> Dieser Dämpfer änderte jedoch nicht die grundsätzliche Haltung Plancks. Auch Generaldirektor Glums Anbiederungsversuche, alte Netzwerke aufrechtzuerhalten, scheiterte, dennoch blieb er wie Planck noch bis 1936 im Amt. Der zunehmende Einfluss des Glum-Nachfolgers und NSDAP-Mitglieds Ernst Telschow machte sich, nicht zuletzt dank seiner eigenen Netzwerkbildungen, nach und nach bemerkbar. Ziehen wir die aus der Literatur inzwischen bekannten Querschüsse der Institutsdirektoren sowie die Denunzierungen aus den unteren Institutsreihen in Betracht, die unmittelbar nach der NS-Machtübernahme einsetzten,<sup>31</sup> fand der Kampf um Eigenständigkeit nicht allein mit den neuen Machthabern, sondern an mehreren Fronten statt. Gerade das Harnack-Prinzip, das den Institutsdirektor zum uneingeschränkten „Herrn im Hause“ macht, wurde zuweilen sogar zum „Führerprinzip“ umgedeutet. Richard Beyler erkennt darin zu Recht eine Art Symmetrie: Im Namen institutioneller Kontinuität und zur Aufrechterhaltung der hierarchischen Auto-

<sup>27</sup>Rürup (2008, 115).

<sup>28</sup>Ebd., 121.

<sup>29</sup>Vgl. Hachtmann (2007b, 372–393). Zur parallelen Tätigkeit und Haltung Plancks als Sekretar der Naturwissenschaftlichen Klasse der Berliner Akademie der Wissenschaften, vgl. Hoffmann (2000, 53–86).

<sup>30</sup>Für eine quellen- und auch sonst kritische Betrachtung dieser Episode vgl. Albrecht (1993, 41–63).

<sup>31</sup>Für Beispiele siehe u.v.a. Hachtmann (2007b, 353–360).

rität innerhalb des Instituts war man bereit, den Ausschluss der Mitarbeiter, die plötzlich als „Juden“ definiert wurden und so zu Außenseitern gemacht wurden, unter nur vereinzeltm Protest „als bürokratische Formsache“ abzuhandeln.<sup>32</sup>



Abb. 9.3: Max Planck mit Reichsinnenminister Wilhelm Frick, 1933.

Ein klassisches, inzwischen sehr gut aufgearbeitetes Beispiel der Neuverflechtung wissenschaftlicher und politischer Ressourcen nach 1933 stellt die Neupositionierung der beiden eugenisch orientierten Kaiser-Wilhelm-Institute dar. Die Zusammenarbeit von Arthur Gütt (1891–1949), Leiter der Abteilung Volksgesundheit im Reichsinnenministerium und des Amtes für Bevölkerungspolitik und Erbgesundheitslehre im Stab des Reichsführers-SS, und Ernst Rüdin, Direktor der Deutschen Forschungsanstalt (DFA) für Psychiatrie/Kaiser-Wilhelm-Institut in München, sowie deren Bedeutung für die Formulierung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ (GVeN) sind schon lange bekannt. Sheila F. Weiss hat 2010 erstmals den Nachweis einer ebenso direkten Zusammenarbeit zwischen Gütt und Eugen Fischer erbracht.<sup>33</sup> Voraussetzung für diese Zusammenarbeit bildete das Ausscheiden des exponierten katholischen Eugenerikers Hermann Muckermann (1877–1962). In seinem Tätigkeitsbericht vom Juni 1933 stellte Fischer fest: „Das Institut steht voll und ganz für die Aufgaben des

<sup>32</sup>Beyler (2004, hier: S. 10f.).

<sup>33</sup>Weiss (2010, Kap. 2).

jetzigen Staates zur Verfügung“.<sup>34</sup> In diesem Fall waren Denunzierungen vorausgegangen; Gütt hielt aber trotzdem zu Fischer, obwohl dieser der NSDAP (noch) nicht beigetreten war. Warum er dies tat, brachte er im Mai 1933 in einem Brief an Reichsernährungsminister und Leiter des Rasse- und Siedlungshauptamts der SS, Walter Darré (1895–1953), in aller Deutlichkeit zum Ausdruck:

Eine Zusammenarbeit mit Prof. Fischer erscheint gleichwohl unumgänglich, da seinem Institut zur Zeit keine andere Anstalt als gleichwertig an die Seite gestellt werden kann; auch werden dessen Einrichtungen und Lehrkräfte für die einschlägige Ausbildung von Amtsärzten und Ärzten, insonderheit zur Durchführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses usw., dringend benötigt. Überdies ist Professor Fischer eine im In- und Ausland anerkannte Größe auf dem Gebiete der Erblehre und Rassenforschung. Er ist daher auch ohne mein Wissen seinerzeit zum ersten „gleichgeschalteten“ Rektor der Berliner Universität berufen worden.<sup>35</sup>

In Anbetracht von Fischers internationalem Ruf, so Gütt weiter, könnte eine Trennung den Eindruck erwecken, dass dieser „die von der Regierung in der Rassenpflege eingeschlagenen Wege mißbillige, die Maßnahmen der Regierung also mit den Erkenntnissen der Wissenschaft in Widerspruch stehen müßten.“<sup>36</sup>

Zu einer Stabilisierung dieses neuen, von Sheila Weiss „faustisch“ genannten Pakts auf institutioneller Ebene kam es allerdings erst, nachdem die Gründung des Reichsministeriums für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung (REM) im Jahre 1934 neue Allianzen notwendig machte. Dies wird belegt durch die Ernennung von Peter Adolf Thiessen zum Direktor des KWI für physikalische Chemie sowie die von Adolf Butenandt zum Direktor des KWI für Biochemie. Thiessens Parteimitgliedschaft – er war zwischen 1922 und 1928 und wieder ab 1933 Mitglied der NSDAP und gehörte daher zu den „alten Kämpfern“, wie Hitlers Weggefährten vor der Machtübernahme genannt wurden – spielte sicher auch eine Rolle, war jedoch doch weniger wichtig, als seine unterschiedlichen Allianzen mit Staat und Militär.<sup>37</sup> Verbindungen mit dem Militär hatten sich im Falle der Luftwaffe allerdings schon zuvor im Falle der Aerodynamischen Versuchsanstalt

<sup>34</sup>Eugen Fischer, Tätigkeitsbericht des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik, 15. Juni 1933. Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin, KWI-Anthropologie, Band 2399.

<sup>35</sup>Arthur Gütt an Richard Walther Darré, 23. Mai 1934, BAB, R 1501 126245/218.

<sup>36</sup>Ebd.

<sup>37</sup>Zur Ernennung Butenandts und seines Eintritts in die NSDAP vgl. Schieder (2004, 37–40) sowie Gausemeier (2003, 91f.). Zu Thiessen vgl. Schmaltz (2005, 96–123 sowie 2007, 312).

in Göttingen und spätestens mit der Gründung des Reichsluftfahrtministeriums abgezeichnet.<sup>38</sup>

Die daraus resultierenden finanziellen Auswirkungen wurden allerdings erst allmählich sichtbar. Nach den von Rüdiger Hachtmann ermittelten Budgetstatistiken stiegen die Mittel der KWG insgesamt nämlich zunächst graduell und erst nach Kriegsbeginn rasant.<sup>39</sup> Auf die Rolle internationaler Verbindungen, vor allem der Rockefeller-Stiftung bei der Stabilisierung oder gar Stärkung der Forschungsförderung in den ersten Jahren des NS-Regimes, hat Kristie Mackrakis bereits vor längerer Zeit hingewiesen.<sup>40</sup> Was die politische Bedeutung von Wissenschaftspraktiken in dieser Zeit betrifft, so sei hier exemplarisch auf Bernd Gausemeiers Darstellung der fortgesetzten Zusammenarbeit von Alfred Kühn am KWI für Biologie mit der Rockefeller-Stiftung in den ersten Jahren des Nationalsozialismus hingewiesen. Laut Gausemeier wurde die nach Kühn benannte Mehlmotte *Ephestia kühnilla* aufgrund ihrer Bedeutung als Modellorganismus und dadurch ermöglichten Funktion als Vermittler internationaler Forschungsverbindungen „zu einem eminent politischen Tier“.<sup>41</sup>

Wenden wir uns nun ganz kurz den ideologischen Zuschreibungen zu. „Deutsche Metalle“ gab es wohl, wie Helmut Maier gezeigt hat,<sup>42</sup> doch weitaus wichtiger scheint im Falle der Kaiser-Wilhelm-Institute eine Rhetorik der instrumentellen Vernunft gewesen zu sein. Gemeint ist die Betonung des Potentials der Spitzenforschung für die Realisierung politischer Kernprojekte – und zwar ganz gleich, ob die Forscher selbst als politisch zuverlässig galten oder nicht. Am deutlichsten ist dies, wie soeben dargelegt, im Fall des KWI für Anthropologie sichtbar, es trifft aber auch auf andere Kontexte zu. So konnten Genetiker wie Timofeev-Ressowsky oder der wegen seiner früheren Nähe zur Sozialdemokratie denunzierte Hans Stubbe mit kleinen Hinweisen in der Zeitschrift *Der Erbarzt* 1935 die Relevanz ihrer Forschungen für die „Rassenhygiene“ andeuten, obwohl sie keine NSDAP-Mitglieder waren und auch keine Forschung an Menschen betrieben.<sup>43</sup> Solche Andeutungen mögen zur Sicherung der weiteren Förderung deshalb genügt haben, weil großspurige Gesinnungsbekundungen keineswegs immer erforderlich waren – immerhin war der Nationalsozialismus ja eine Ideologie der Tat.

---

<sup>38</sup> Trischler (1999, 328–362).

<sup>39</sup> Hachtmann (2007a, 561–598).

<sup>40</sup> Mackrakis (1993, 114).

<sup>41</sup> Gausemeier (2003, 101). Die Unterstützung der Rockefeller-Stiftung wurde Kühn allerdings während seiner Zeit als Professor in Göttingen gewährt und lief bereits vor der Ernennung Kühns zum Mit-Direktor am KWI für Biologie im Jahr 1937 aus.

<sup>42</sup> Maier (2002, 357–388).

<sup>43</sup> Stubbe (1935, 65–71); vgl. Deichmann (1992, 169).

Das Thema Reflexivität war offenbar den Emigranten vorbehalten, doch davon wird im Folgenden die Rede sein.

#### 9.4 1945

1945 fand ein tiefgreifender Wandel statt, der sich bereits schon während der Kriegsjahre abgezeichnet hatte. Hintergrund dafür waren die institutionellen Neuerungen und vor allem die außerordentlich verstärkte Wissenschaftsförderung im Krieg. Diese wiederum ging zurück auf eine Wandlung der Wissenschaftspolitik, nachdem man die Fehler der frühen Regimejahre erst zu spät erkannt hatte. Parallel dazu begingen die Nationalsozialisten ihre kriminellen Taten, die nichts anderes waren als die gewaltsame Realisierung ihrer wahnhaften Utopie einer „Reinigung des deutschen Volkskörpers“. Gemeinsam mit dem Kriegsgeschehen lösten diese Untaten eine bis dahin beispielelose Gier deutscher Forscher – darunter Angehörige mehrerer Kaiser-Wilhelm-Institute – nach pflanzlichem, tierischem oder gar menschlichem „Forschungsmaterial“ aus, das vor allem in den besetzten Gebieten leicht zu erbeuten war.<sup>44</sup> Damit war der Weg geebnet für die moralisch enthemmten Experimente an Menschen in Dachau, Auschwitz und an anderen Orten des Grauens – mit anderen Worten: für Menschenrechtsverbrechen im Namen der Wissenschaft.<sup>45</sup> Dass es dazu kommen würde, war 1933 schwer vorstellbar. 1945 versiegtten dann die Geldströme und die damit verbundene Anerkennung schwand dahin – genauso urplötzlich wie auch die Untaten.

Auf internationaler Ebene fand von Almogordo bis Wladiwostok eine Neuverteilung wissenschaftlicher Ressourcen statt. Das massive Entnahmegeschehen in den vier Besatzungszonen ist in diesem Kontext zu sehen. In der KWG und ihren Institute herrschte nun Verunsicherung. Berlin stand nicht mehr im Mittelpunkt des Geschehens, die Generalverwaltung war nach Göttingen ausgelagert und abgesehen von den wenigen in Berlin verbliebenen Instituten war die Mehrzahl der Kaiser-Wilhelm-Institute bereits mit Beginn der Luftangriffe nach Süd- und Westdeutschland evakuiert worden. Die Ausgangssituation der Institute nach Kriegsende war sehr unterschiedlich, was sowohl vom Grad ihrer Zerstörung als aber auch davon abhing, in welcher Besatzungszone sie sich befanden. Die Institute in Dahlem und Buch standen offenkundig zur Disposition und dies galt anfänglich auch für die Gesellschaft selbst.

Im Hinblick auf die personellen Ressourcen stellte zunächst die Entnazifizierung den größten Unsicherheitsfaktor dar. In seiner Untersuchung von insgesamt 87 Fällen (ein Gesamtüberblick in Zahlen fehlt bislang noch) kommt Richard

---

<sup>44</sup>Vgl. hierzu Heim (2002; 2003).

<sup>45</sup>Vgl. hierzu Sachse (2003) und die dort zitierte Literatur.

Beyler zu dem Ergebnis, dass es in den meisten Fällen – zumindest in der amerikanischen Zone – dann doch nicht bei den Entlassungen blieb,<sup>46</sup> was prinzipiell auch der Situation an den Universitäten entspricht. Zur Einholung von Entlassungszeugnissen wurden alle denkbaren kollegialen Netzwerke mobilisiert, darunter zuweilen auch von Kollegen, mit denen man zuvor im Streit gelegen hatte. Man schreckte nicht einmal davor zurück, sich hilfesuchend an die 1933 vertriebenen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen zu wenden.<sup>47</sup> Als Grundlage dieser von Carola Sachse so genannten „Persilscheinkultur“<sup>48</sup> sieht Beyler die Bildung einer defensiven Solidargemeinschaft. Das mag für das lokale Geschehen richtig sein, und ist, wie Beyler schreibt, während dieser Zeit auch in anderen Gesellschaftsbereichen ähnlich geschehen. Doch dass selbst die vertriebenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in dieses Geschehen miteinbezogen wurden, deutet darauf hin, dass in dieser Situation alte Loyalitäten und das Bekenntnis zur Wissenschaft über die Gräben tiefer Verletzungen hinweg als Ressourcen zur Wahrung von Karrierechancen beziehungsweise zur Neupositionierung in anderem Kontext nach der Wiedereinsetzung mobilisiert werden konnten. Das Scheitern der Entnazifizierung in diesem Bereich war jedoch wie überall sonst auch im Kern eine Folge des grundsätzlichen Widerspruchs der Politik der (West-) Alliierten. Die schon im Potsdamer Abkommen von Juli 1945 formulierten Ziele einer „Demokratisierung“ und „Dezentralisierung“ brachten es mit sich, dass personalpolitische Entscheidungen weit früher aus der Hand der Besatzer gegeben wurden, als ihnen vielleicht lieb war.

Insofern stellt sich vielleicht weniger die Frage, warum so viele der Entlassungen nicht dauerhaft waren, sondern vielmehr in welchen Fällen diese denn überhaupt von Dauer waren – und warum. In Einzelfällen wissen wir über das „wie“ der Entlassungen und Wiedereinsetzungen Genaueres. Im Falle Otmar von Verschuers wollte man den Kollegen – entgegen seiner eigenen Selbsteinschätzung – offenbar wegen des potentiellen Schadens für die Gesellschaft insgesamt doch nicht halten. Entlassen blieb er jedoch nicht, sondern man lobte ihn 1951 an die Universität Münster weg.<sup>49</sup> Dass eine weitere Folge dieser neuen, auf solche Fälle begrenzten Solidargemeinschaftsbildung einer der wesentlichen Gründe war, die der Rückholung der Vertriebenen im Wege standen, ist längst bekannt. Zudem wurden im Fall der beanspruchten Wiedergutmachungsleistungen juristische (Pseudo-)Argumente hervorgebracht. Reinhard Rürup fasst die Haltung der Generalverwaltung gegenüber den Ansprüchen der Vertriebenen auf Wiedergutmachung mit bemerkenswerter Knappheit und Klarheit zusammen:

<sup>46</sup>Beyler (2004).

<sup>47</sup>Für eindrucksvolle Beispiele vgl. Deichmann (2001, Kap. 8)

<sup>48</sup>Sachse (2002, 217–246).

<sup>49</sup>Für Einzelheiten zum Vorgang siehe erstmals Adam und Lingelbach (2013, 915–918); vgl. ausführlicher Kroner (1997) und Sachse (2002).

„Man bestritt, wenn möglich, die Ansprüche, zögerte die Entscheidungen hinaus und ließ sich allenfalls auf vorläufige, im Umfang begrenzte ‚freiwillige‘ Bezahlungen ein.“<sup>50</sup>

Vor die Wahl gestellt zwischen einer selektiven, auf althergebrachten Beziehungen basierenden Kollegialität und einer Rückholung der Vertriebenen, die moralisch indiziert gewesen wäre und womöglich auch Innovationen mit sich gebracht hätte, entschied man sich – wie an den Universitäten auch – für das Ersterre. Gerade solche Entscheidungen nach 1945, und nicht allein die Vertreibungen nach 1933, sind entscheidend für das Abgleiten der (bundes)deutschen Wissenschaft auf internationaler Ebene ins zweite Glied.

Kommen wir nun zur institutionellen Ebene: Wie bereits erwähnt, stand nach 1945 erstmals das Bestehen der Gesellschaft per se auf dem Spiel, und zwar aufgrund des seit der Weimarer Zeit beibehaltenen imperialen Namens. Hier galt umso mehr die eingangs formulierte Grundannahme: Kontinuität kostet Arbeit. Die Verhandlungen mit den Alliierten, die schließlich zur Neugründung der Gesellschaft unter einem neuen Namen führten, sind in jüngerer Zeit Gegenstand mehrerer Arbeiten gewesen.<sup>51</sup> Carola Sachse verdanken wir die Erkenntnis, dass die neue Leitung der MPG die Rockefeller-Stiftung als Kommunikationsinstanz mit den Amerikanern, aber auch als Ressource zur Legitimierung der eigenen Ansprüche mobilisierte.<sup>52</sup> Nach ihrer Interpretation bündelte ein (wohl überwiegend von Ernst Telschow geschriebenes) Memorandum des neuen MPG-Präsidenten Otto Hahn an die Rockefeller-Stiftung erstmals Argumente, die – zunächst an die Amerikaner und gegen ihre Zweifel gerichtet – auch im neuen bundesdeutschen Geschehen zugunsten der eigenen Ressourcenmobilisierung funktionieren sollten. Bei Verhandlungen mit den entstehenden westdeutschen Bundesländern sprach man ohnehin so manches Mal mit alten Freunden und Verwandten, wie beispielsweise mit Kurt Zierold, dem Leiter der Hochschulabteilung des niedersächsischen Kultusministeriums in Hannover – und Schwager von Ernst Telschow, nunmehr Generaldirektor der MPG.<sup>53</sup>

Die Sondersituation Berlins verdient hier noch eine besondere Erwähnung, um die Komplexität der Ereignisse noch stärker zu verdeutlichen. So erschien der vom Berliner Magistrat als Leiter der Berliner Institute eingesetzte Chemiker Robert Havemann aus Göttinger Sicht als Störfaktor. Ebenso störend wirkte der Grundsatzkonflikt auch zwischen der Generalverwaltung in Göttingen und den Instituten in der französischen Zone, bei dem es sich um einen Konflikt zwischen Telschow und den Tübinger Herren handelte. Aufgrund dieses Konflikts verzö-

<sup>50</sup>Rürup (2008, 132); vgl. die detaillierten Schilderungen und Analysen in Schüring (2006, 137–361).

<sup>51</sup>Vgl. Oexle (1994, 43–60), und insbes. Hachtmann (2007b, 1089–1095). Zum Kontext vgl. Sachse (2010).

<sup>52</sup>Sachse (2009, 97–141).

<sup>53</sup>Hachtmann (2007b, 1080).

gerte sich die Einwilligung zur Neugründung der Max-Planck-Gesellschaft durch die Franzosen, und damit auch der Beitritt dieser Institute.<sup>54</sup>

Insbesondere hinsichtlich der Forschungspraktiken kann in vielen Fällen nicht nur von einer Wiedereinstellung des Forschungspersonals, sondern auch und vor allem von einer Weiterführung alter Forschungsprogramme gesprochen werden. Das ist durch viele bekannte Beispiele belegt; offen bleibt noch, inwiefern dies für welche Institute in welchen Zonen galt.

Von der Ebene der ideologischen Zuschreibungen war bereits die Rede, als es um die Verhandlungen zum Fortbestand der KWG ging. Die Verwobenheit der Ressourcentypen gilt auch für Personal. Richard Beyler spricht von sechs Argumentationsmotiven im Rechtfertigungsdiskurs der Entnazifizierungsverfahren, die sich wenig später in den Wissenschaftsdiskurs der Nachkriegszeit übertragen ließen.<sup>55</sup> Zentraler Punkt dieses Diskurses war die Rede von der „reinen Grundlagenforschung“ als Kern einer Solidar- und Vergessenskultur. Voraussetzung für die Formulierung und Durchsetzung dieser Rede waren zwei weitere, von Rüdiger Hachtmann und Michael Schüring bereits genannte diskursive Teilvorgänge: eine Entpersonalisierung des Geschehens vor 1945 und eine Externalisierung der Verantwortung dafür danach.<sup>56</sup> Eine paradoxe Extremform solcher diskursiven Wendungen (oder Windungen) war die merkwürdige Neuformulierung der Ordinarienuniversität als „demokratischer“ Anstalt aufgrund der Restaurierung kollegialer Selbstverwaltung.<sup>57</sup> Auch vereinzelte symbolische Gesten gegenüber den prominenteren Vertriebenen kamen vor, wie beispielsweise 1952 die Umbenennung des MPI für physikalische Chemie und Elektrochemie in „Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft“, oder die Gründung des „Hahn-Meitner-Instituts für Kernforschung“ 1959. Letzteres war allerdings kein Institut der MPG; das Max-Planck-Institut für Chemie wurde ebenfalls 1959 umbenannt, und zwar in „Otto-Hahn-Institut“, das heißt ohne die ehemalige Abteilungsleiterin und das KWG-Mitglied Lise Meitner zu würdigen.

Somit stellt sich wieder einmal die Frage nach der Reflexivität beziehungsweise dem Fehlen derselben. Carola Sachse schreibt, dass im Dialog der KWG-Leitung mit Vertretern der Rockefeller-Stiftung *„neither side initiated any kind of more profound reflection on the participation of German scientists in the Nazi regime“*.<sup>58</sup> Stattdessen lag im Kontext des Kalten Krieges für beide Seiten der Fokus auf der entsprechenden Neupositionierung ihrer Institutionen; moralische Reflexion scheint da nur hinderlich gewesen zu sein. Dass eine andere Haltung wenigstens prinzipiell möglich war, zeigte die Reaktion Otto Hahns auf die Nach-

<sup>54</sup>Lewis (2004, 403–443).

<sup>55</sup>Beyler (2004).

<sup>56</sup>Vgl. Schüring (2006, 268–291) und Hachtmann (2007b, 1156–1205).

<sup>57</sup>Ash (2010b, 215–246).

<sup>58</sup>Sachse (2009, 140), Hervorhebung des Autors.

richt des Abwurfs der ersten Atombombe über Hiroshima im August 1945, die er mit mehreren anderen internierten Kollegen im englischen Anwesen *Farm Hall* empfing. „Ich bin verantwortlich“ für den Tod von Tausenden, soll er damals offen eingestanden haben.<sup>59</sup> Schon vor der Göttinger Erklärung von 1957 exponierte sich Hahn als Wortführer eines Verantwortungsdiskurses. Allerdings geschah dies nicht ohne Ambivalenzen, wie eine Rede von ihm mit dem Titel „Forschung und Technik – Freiheit und Verantwortlichkeit“ aus dem Jahr 1950 belegt:

Zwei verlorene Weltkriege sind eine schwere Hypothek. Wir sollten daraus lernen, dass auch die größten technischen Leistungen, die größte souveräne „Tüchtigkeit“, der Glaube, dass man alles tun kann, wenn es nur Erfolg verspricht, dass dies nicht die richtige Weltanschauung sein kann.<sup>60</sup>



Abb. 9.4: Lise Meitner und Otto Hahn 1959 vor dem ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie (im Hintergrund), das seit 1956 als Otto-Hahn-Bau firmierte und erst 2010 in Hahn-Meitner-Bau umbenannt wurde, und heute Teile des Instituts für Chemie und Biochemie der Freien Universität Berlin beherbergt.

<sup>59</sup>Zitiert nach Hoffmann (1993, 146).

<sup>60</sup>Hahn (1975, 194). Zum Kontext vgl. Ash (2008, 325f.).

Auf diese Erkenntnis folgte dann aber unmittelbar darauf im selben Text die sarkastische Ablehnung des Vorwurfs, „dass der Wissenschaftler für alle Schrecken der Kriege und Zerstörungen verantwortlich sei“. <sup>61</sup> Konsequenterweise sei dann Albert Einstein wegen der Entdeckung der Äquivalenz von Masse und Energie für die Entwicklung der Atombombe anzuklagen, oder Koch, Behring und Ehrlich zur Verantwortung zu ziehen, falls es jemals zu einem „Bakterienkrieg“ kommen sollte. Stattdessen bekennt sich Hahn zur Freiheit der Forschung und gegen Geheimnistuerei sowie zu einer Verbindung der Freiheit mit „Verantwortlichkeit des Einzelnen“ und fordert damit *last not least* – und folgenreich für die politische Positionierung der MPG – die Anhörung der Wissenschaft vor politischen Entscheidungen. Letzteres geschah im Kontext der damals noch nicht abgeschlossenen Debatte um die Gründung eines Deutschen Forschungsrates. Damit beanspruchte Hahn für sich eine Auslegung des Begriffs „Verantwortung“, die dem von Robert Oppenheimer (1904–1967) in den USA zur selben Zeit ähnlich war.

Das alles steht bekanntlich im starken Kontrast zur oben bereits umrissenen Haltung gegenüber den Vertriebenen. Bezeichnend ist hier nicht nur der Inhalt, sondern auch der Ton des vielfach zitierten Briefes von Lise Meitner an Otto Hahn:

Ihr habt auch alle für Nazi-Deutschland gearbeitet und habt auch nie nur einen passiven Widerstand zu machen versucht. Gewiß, um Euer Gewissen los zu kaufen, habt Ihr hier und da einem bedrängten Menschen geholfen, aber Millionen unschuldiger Menschen hinmorden lassen, und keinerlei Protest wurde laut.

Ich muß Dir das schreiben, denn es hängt so viel für Euch und Deutschland davon ab, daß Ihr einseht, was Ihr habt geschehen lassen. [...] Ich und viele andere mit mir meinen, ein Weg für Euch wäre, eine offene Erklärung abzugeben, daß Ihr Euch bewußt seid, durch Euere Passivität eine Mitverantwortung für das Geschehene auf Euch genommen zu haben, und daß Ihr das Bedürfnis habt, soweit das Geschehen überhaupt gut gemacht werden kann, dabei mitzuwirken. <sup>62</sup>

Wie bereits vielfach geschehen, ist auch an dieser Stelle ironisch festzustellen, dass dieser flammende Appell seinen Adressaten auf keiner Ebene erreicht hat. <sup>63</sup> Oben habe ich die offene Frage formuliert, ob das von mir vor Jah-

---

<sup>61</sup>Hahn (1975, 194).

<sup>62</sup>Zitiert nach Sime (2001, 397f.). Auch in: Deichmann (1995, 371–373).

<sup>63</sup>Über die Hintergründe dafür: Sime (2001, 399f.); Walker (2003).

ren geprägte Stichwort „konstruierte Kontinuitäten“ nicht nur für Karrieren, sondern auch für Forschungsprogramme gelten sollte. Stimmt das, dann mag von einer Wissenschafts*nicht*wandlung mitbedingt durch fehlende Reflexivität die Rede sein.

### 9.5 1989 (beziehungsweise 1990)

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts konnte von einem deutschen Wissenschaftssystem mit einer erkennbaren Struktur die Rede sein; nach 1945 wollte man jedenfalls an den Hochschulen die NS-Zeit gerne als unglückliche Zwischenzeit der Bevormundung wahrhaben und setzte die Strukturen aus der Zeit vor 1933 wieder ein. Nach 1960 begannen grundlegende Strukturwandlungen nicht zuletzt infolge internationaler Trends. 1989 stehen wir vor einem ganz anderen Hochschul- und Wissenschaftssystem als vor 1960. Derek de Solla Price (1922–1983) schrieb nicht umsonst erst Anfang der 1960er Jahre über einen Übergang von „little science to big science.“<sup>64</sup> Dies gilt in der Bundesrepublik jedenfalls auch für den Übergang zur Massenausbildung im tertiären Sektor, der in den USA im Übrigen bereits in den 1950er Jahren stattgefunden hatte.

Ende der 1980er Jahre bestanden in den beiden deutschen Staaten getrennte Hochschul- und Forschungslandschaften, mit vereinzelt vorsichtigen Verbindungen. Das System der außeruniversitären Forschung der alten Bundesrepublik hatte sich ebenfalls stark gewandelt: die MPG war nun ein Akteur unter einer Vielzahl anderer geworden; neben der DFG und der Fraunhofer- und Helmholtz-Gesellschaften sowie der seit den 1950er Jahren einsetzenden, inzwischen ungleich verstärkten, Ressortforschung der Ministerien war die in den 1970er Jahren gegründete Gesellschaft der Großforschungseinrichtungen hinzugekommen. Die Institute der so genannten „Blauen Liste“ gehörten noch nicht dazu, was sich aber bald ändern sollte. Dem stand in der DDR ebenfalls ein dichtes Geflecht von Forschungsinstitutionen gegenüber, das aber von der Akademie der Wissenschaften der DDR als Gelehrtengesellschaft und Institutsverband eindeutig dominiert war. In der alten Bundesrepublik war im November 1989 jedenfalls im Hinblick auf die westdeutschen Hochschulen von Stagnation, Dauerkrise und Reformstau die Rede; im Bereich der außeruniversitären Forschung hingegen bestand ein strategisches Gleichgewicht auf Grundlage der bereits 1975 abgeschlossenen Rahmenvereinbarung zur Forschungsförderung. Ein grundlegender Wandel des Hochschul- und Wissenschaftssystems schien zu jenem Zeitpunkt ebenso wenig denkbar wie die Wiedervereinigung selbst. Die Wissenschaftler und Hochschullehrer der ausgehenden DDR waren in ihrer großen Mehrheit treue Anhänger oder Dulder des SED-Regimes. Alle Beteiligten waren vom Mauerfall

<sup>64</sup>Solla Price 1974. Erstmals erschienen in New York 1963.

überrascht und zunächst wohl zutiefst irritiert. Die Vereinigung im Hochschul- und Wissenschaftsbereich war also eine Folge des politischen Geschehens. Sie entfaltete sich in mehreren, teilweise überlappenden Phasen; in jeder dieser Phasen sind Entscheidungen gefallen, die nicht unbedingt alternativlos waren.<sup>65</sup> Sehr kurz gefasst: Es begann ein Kampf um institutionelle Positionen und um Arbeitschancen für ostdeutsche wie auch für westdeutsche Forscher, aber wohl auch ein Kampf darum, was fortan in einem neuen deutschen Staat als Wissenschaft gelten sollte.

Schon 1992 schrieb Renate Mayntz, es habe 1990 angesichts der sich abzeichnenden deutschen Einheit „eine Situation“ gegeben, „in der sich plötzlich vielfältige Möglichkeiten für eine Revision des Status quo“ geboten hätten.<sup>66</sup> Das sei nach ihrer damaligen Darstellung gewissermaßen ein Testfall dafür gewesen, ob unter den korporativen Akteuren im Wissenschaftssystem der Bundesrepublik ein „institutioneller Konsens“ aufgrund eines normativ bejahten Musters der Arbeitsteilung und gegenseitigen Domänenabgrenzung oder nur ein auf Kompromissen aufgebautes „strategisches Gleichgewicht herrschte“.<sup>67</sup> Somit wäre das Verhandlungsergebnis so etwas wie eine Bestätigung des bundesdeutschen Status quo. Uwe Schimank beschreibt die Lage weniger kühl und daher für mich attraktiver als *Coping with Trouble*.<sup>68</sup> Wie das Vereinigungsgeschehen überhaupt, gab es seiner Meinung nach auch im wissenschaftspolitischen Bereich nahezu panikartige Bemühungen darum, alles möglichst schnell und vor allem ohne grundlegende Änderungen des Bestehenden über die Bühne zu bringen.

Der institutionelle Preis dafür ist allgemein bekannt: die Aufgabe des Störfaktors Akademie der Wissenschaften der DDR. Artikel 38 des Einigungsvertrags verfügte die Trennung der Akademie als „Gelehrtengesellschaft“ vom Verband der Forschungsinstitute, die Auflösung des Letzteren und die „Einpassung“ dieser Forschungseinrichtungen in die bestehende Forschungslandschaft der Bundesrepublik.<sup>69</sup> Das ist die einzige explizit wissenschaftspolitische Festlegung in diesem Dokument. Was genau „Einpassung“ sein sollte oder durfte, legte dieser Artikel jedoch nicht fest.

Um die vier Umbruchszeiten einigermaßen gleichmäßig darzustellen, muss ich an dieser Stelle darauf verzichten, auf die verschlungenen juristischen und anderen Wege des personellen und institutionellen Umbaus einzugehen, der dann folgte. Ich möchte an dieser Stelle lediglich daran erinnern, dass der strukturelle Umbau der ostdeutschen Hochschulen nach bundesrepublikanischem Muster,

<sup>65</sup> Vgl. hierzu ausführlicher Ash (2010d, 45–55; 2010c, 200–204).

<sup>66</sup> Mayntz (1992, 64–82).

<sup>67</sup> Ebd. 66.

<sup>68</sup> Schimank (1994).

<sup>69</sup> Der Einigungsvertrag. Der vollständige Text mit allen Ausführungsbestimmungen und Erläuterungen, 2. Aufl. Bonn 1990. Art. 38.

die Evaluierung des Personals und die Ausschreibungen neuer Professuren und Neuberufungen gleichzeitig, bei laufendem Betrieb und unter zunehmenden Finanzdruck stattgefunden haben. Auf diese Gemengelage reagierte man mit Dauerimprovisation. Zahlreiche Angehörige vor allem des Mittelbaus wurden trotz positiver Evaluierung entlassen, angeblich weil für sie keine Stelle mehr da war. 1997 verblieben an der Humboldt-Universität zu Berlin nur noch 452 von 2755, das sind 16,4 Prozent der Wissenschaftler, die dort noch 1989 fest angestellt waren.<sup>70</sup>

Parallel dazu verlief die bereits vor Oktober 1990 begonnene, vom Wissenschaftsrat organisierte Evaluierung der Institute und Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften. Mehrere natur- und medizinwissenschaftliche Institute wurden positiv evaluiert und ihr Personal wenigstens zum Teil übernommen – allerdings unter neuem Namen und neuer Leitung. Aus anderen bildete man Schwerpunkte, die in neue beziehungsweise bestehende Einrichtungen beispielsweise der MPG oder Fraunhofer-Gesellschaft integriert wurden. Im Fall der positiv evaluierten Forscher, die in diesem Rahmen nicht untergebracht werden konnten – und das waren immerhin mehrere tausend –, ging man von der Annahme aus, diese würden zur Stärkung der universitären Forschung benötigt und auch dort unterzubringen sein. Diese Annahme erwies sich jedoch als falsch, die Unterbringung fand im Allgemeinen nicht statt.

Wenn wir uns nun schließlich der Rolle der MPG hierbei zuwenden, so führen zwei methodologische Probleme dazu, dass die Analyse hier anders formuliert werden muss, als im Fall der drei vorausgegangenen Umbrüche. Das erste Problem ist der bereits zuvor erwähnte fehlende Aktenzugang; das zweite besteht in der Anwesenheit und Zeitzeugenschaft der Betroffenen. In gewisser Hinsicht zählt auch der Autor dieser Zeilen indirekt dazu, denn ich war in den 1990er Jahren zu längeren Forschungsaufenthalten in Berlin – darunter als Gastforscher an zwei Einrichtungen der „Gesellschaft zur Förderung wissenschaftlicher Neuvorhaben“ – und wurde dadurch ebenfalls Zeuge des Geschehens.

Beginnen wir mit dem Personal. Die Auflösung und „Einpassung“ der Institute der DDR-Akademie und die „Abwicklungen“ an den Universitäten – dort vor allem die Übernahme westdeutscher Personalstrukturen – führten nach Stand der bisherigen Forschung insgesamt zu einem kaum vorstellbaren Verlust an Arbeitsplätzen in den Neuen Bundesländern. Allein an den Hochschulen ging der Stellenbestand des wissenschaftlichen Personals von 1989 bis 1994 um 13.300 auf 24.500 Stellen zurück – ein Abbau von 35 Prozent; an den Universitäten betrug der Verlust – ohne Berücksichtigung der medizinischen Fakultäten – sogar 52 Prozent.<sup>71</sup> Auch wenn die genannte Zahl abgebauter Stellen nicht ohne wei-

---

<sup>70</sup>Jaraus (2010, 343).

<sup>71</sup>Burkhardt (1997, 323f., Tabelle 10).

teres mit einer Zahl entlassener Personen gleichgesetzt werden darf, stellt diese eine einmalige Größenordnung im Vergleich zu den früheren Wissenschaftswandlungen dar. Hinsichtlich der inter- oder transnationalen Auswirkungen all dessen ist eine glatte Umkehrung der Verhältnisse nach 1933 zu konstatieren: Während die überwiegende Mehrheit der ab 1933 vertriebenen Wissenschaftler emigrierten, verblieb die große Mehrheit der ostdeutschen Wissenschaftler im Lande, ob mit oder ohne Stelle. Die vielfach betonte „sozial verträgliche“ Gestaltung des Vereinigungsprozesses wirkte hier also mobilitätshemmend.<sup>72</sup>

Im Hinblick auf das jetzige Thema ist aber nur ein Punkt wichtig: Die Übernahme von ostdeutschem Personal in den Einrichtungen, die unter der Obhut der MPG in den neuen Ländern entstanden sind, blieb sehr gering. Leider ist es mir auf der Grundlage der Angaben in den Jahresberichten der MPG aus dieser Zeit nicht möglich, genauer zu bestimmen, wie viele dieser Forscher aus der DDR kamen. Plausibel ist wohl die Annahme, dass dies im Fall der Arbeitsgruppen und geisteswissenschaftlichen Forschungszentren in großem Maße, an den neuen Max-Planck-Instituten hingegen weniger der Fall gewesen ist. Das heißt, dass für die Arbeitsgruppen und Institute der MPG in den neuen Bundesländern im Wesentlichen das gleiche Fazit wie schon oben für die Universitäten gezogen werden kann: positiv evaluierte DDR-Wissenschaftler konnten an den Universitäten im Großen und Ganzen nicht untergebracht werden. Dennoch sind immerhin mehrere Arbeitsgruppenleiter Professoren geworden; doch darüber, wie viele ihrer AG-Mitarbeiter mitkommen durften, schweigen sich die Jahresberichte aus.

Auf institutioneller Ebene steht die bereits angedeutete Positionierung der MPG als zentraler Akteur bei der Neugestaltung der ostdeutschen Forschungslandschaft im Mittelpunkt, und zwar im Rahmen des bereits beschriebenen Verhandlungsergebnisses. Nehmen wir die eben genannten Jahresberichte der MPG zur Hand, so ist ein Förderungskonzept für die Neuen Bundesländern im Bericht für das Jahr 1991 zu finden, eine klare Darstellung des Ablaufs insgesamt ist aber erst im Bericht für das Jahr 1993 zu lesen.<sup>73</sup> Demnach sei bereits im Juli 1990 von einem Sofortprogramm sowie einem mittel- und längerfristigem Programm die Rede gewesen. *In nuce* bestand das Sofortprogramm aus den bereits genannten 28 befristeten Arbeitsgruppen. Hinzu kamen geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte, die mit einer eigenen Trägerschaft mit eigener Rechtsform – der „Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH – versehen werden sollten. Der leitende Gedanke dabei sollte die „Stärkung“ der Forschung

<sup>72</sup>Für diesen Vergleich siehe bereits Ash (1999a, 336 sowie 2004, 81). Ausnahmen wie der Mathematikhistoriker Reinhard Siegmund-Schulze, der eine Professur in Norwegen erhielt, sind in Fachkreisen bekannt.

<sup>73</sup>Zum Förderungskonzept siehe MPG (1991, 93f.). Ansätze zu einer Gesamtdarstellung stehen unter dem Titel „Aufbau in den Neuen Bundesländern“ in: MPG (1992, 99–106).

an den Universitäten der Neuen Bundesländer gewesen sein.<sup>74</sup> Dass diese „Stärkung“ auf einer falschen Annahme beruhte, habe ich oben bereits dargelegt. Parallel dazu sollte im Rahmen des Langzeitprogramms die Gründung weiterer MPIs in den Neuen Bundesländern beginnen, was gemäß dem normalen Verfahren vor sich gehen sollte. Hierbei sind drei Grundsätze erkennbar: eine Etablierung der MPG in den neuen Ländern analog zur Gesellschaftsform in der alten Bundesrepublik, was auch bedeutete, eine möglichst gleichmäßige regionale Verteilung, mit mindestens einem MPI in jedem Bundesland; die Eigenständigkeit der MPG bei der Gestaltung der Institutsgründungen unter Beibehaltung des bisherigen Verfahrens; und schließlich die Finanzierung all dessen durch zusätzliche Mittel des Bundes, der Länder oder aus anderen Quellen, soll heißen – möglichst ohne Mittelkürzungen im Westen.<sup>75</sup>

Bis auf den letzten Punkt, der sich wie ein Grundton durch alle diesbezüglichen Texte jener Zeit zieht, ist vom Aufbau in den neuen Bundesländern in den Jahresberichten für 1990 und 1991 nur partiell und keinesfalls in dieser Klarheit die Rede. Das legt die Vermutung nahe, dass diese programmatische Klarheit anfangs noch gar vorhanden war, sondern erst im Lauf des Geschehens entstanden ist.



Abb. 9.5: Der 1997 eingeweihte Neubau des MPI für Mikrostrukturphysik in Halle a.d. Saale, das aus dem Institut für Festkörperphysik und Elektronenmikroskopie der Akademie der Wissenschaft der DDR hervorgegangen ist und am 1. Januar 1992 als erstes Institut der MPG in den neuen Bundesländern seine Arbeit aufgenommen hatte.

<sup>74</sup>MPG (1993, 21).

<sup>75</sup>MPG (1992, 22).



Abb. 9.6: Präsident Peter Gruss mit seinen Vorgängern Hans F. Zacher, Hubert Markl und Reimar Lüst auf der Feier anlässlich des 90. Geburtstags von Carl Friedrich von Weizsäcker (2. v. re.), 2002.

Diese glatte Post-hoc-Darstellung<sup>76</sup> verbirgt – um nicht zu sagen: verschleiert – ein überaus komplexes Geschehen vor Ort, geprägt von immer neuen Wandlungen der politischen, finanziellen und strukturellen Bedingungen; immer wieder musste mit den Ländern und der Bundesregierung neu verhandelt werden. Gelegentlich scheint etwas davon in den Jahresberichten durch; so steht beispielsweise im Bericht für das Jahr 1992, mehrere bereits beschlossene Institutsgründungen können nicht so schnell wie geplant verwirklicht werden – mangels geeigneter Grundstücke. Noch wichtiger ist wohl die Feststellung, dass sich der eben genannte Grundsatz – die MPG macht mit, aber nur wenn es im Westen nichts kostet – als ebenfalls nicht haltbar erwies. Die in dieser Hinsicht flammende Rede des damaligen Präsidenten Hans F. Zacher auf der Jahresversammlung der MPG, die bereits schon 1992 abgedruckt worden war, wurde im Bericht 1993 wörtlich wieder übernommen. Dieser ist zu entnehmen, dass die 1989 – also bereits vor dem Mauerfall – gemachte Zusicherung des Bundes hinsichtlich eines kontinu-

<sup>76</sup>Diese Formulierung mag noch verstärkt gelten für die spätere Broschüre, *Gelungener Aufbau. Max-Planck-Institute in den Neuen Bundesländern* 2003.

ierlichen Etatzuwachses von jeweils fünf Prozent für die folgenden fünf Jahre, ohnehin nur für die alten Bundesländer galt; angesichts der realen Geldwertverluste in dieser Zeit bedeutete das aber nicht Zuwachs, sondern Stagnation.<sup>77</sup> Der im Vortrag wie im Bericht sowie in einem Beschluss der Jahresversammlung 1992 enthaltene Ruf nach Ausgleich fiel jedoch auf taube Ohren. Es folgte ein Konsolidierungsprogramm mit Maßnahmen, die zwar an den Universitäten Usus, aber an der MPG offenbar neu waren: keine Nachbesetzung vakanter Leitungspositionen sowie Versuche, mit den vorhandenen Mitteln weiter zu machen. Das alles verlief parallel zu den zuvor bereits angesprochenen Aktivitäten in den neuen Ländern. Gelegentlich wird nun der Eindruck geweckt, die Expansion im Osten wäre doch auf Kosten der Substanz im Westen gegangen. Immerhin wurden einige wenige Institute im Westen (wie das MPI für Verhaltensforschung in Seewiesen und das für Geschichte in Göttingen) publikumswirksam geschlossen – darunter allerdings keine Institute mit einem besonders hohen Etat.

Das dadurch – oder trotz alledem – bedeutende Neugründungen möglich waren, ist aber keinesfalls zu leugnen. Dazu gehört bekanntlich auch das MPI für Wissenschaftsgeschichte, über das bislang noch keine ausführliche eigene Darstellung vorliegt. In der Gründungszeit war ich selbst, wie bereits erwähnt, in Berlin als Gastforscher einer der oben genannten Einrichtungen der „Gesellschaft wissenschaftlicher Neuvorhaben“ tätig. Von den damaligen ostdeutschen Kollegen sind einige noch heute dort tätig. Und mein damaliger Eindruck hat sich in den Gesprächen, die ich mit verschiedenen Beteiligten in der letzten Zeit geführt habe, bestätigt. In vielen dieser damaligen Fälle ging es um die Verwirklichung lang gehegter Träume und Projekte westdeutscher Forscher unter Einbeziehung personeller Ressourcen aus dem Osten.

Nun kommen wir wieder zur Ebene der ideologischen Zuschreibungen: Zum Begleitdiskurs dieser Macht- und Verteilungskämpfe gehörten schon sehr früh Schlagworte, die Politik und Wahrnehmung der nächsten Phasen mitstrukturieren sollten. Zum vielfältigen Bedeutungswandel der Schlagworte „Demokratie“ und „Erneuerung“ in diesem Bereich habe ich an anderer Stelle berichtet.<sup>78</sup> Relevant für das Thema hier ist wohl eines der am häufigsten kolportierten Schlagworte, nämlich die Aussage des damals gerade neu gewählten MPG-Präsidenten Hans F. Zacher in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, in dem er die Forschungslandschaft der DDR als eine „Wüste“ bezeichnete.<sup>79</sup> Schnell folgte die Korrektur – mit dieser Aussage seien nur die Sozial- und Geisteswissenschaften gemeint gewesen. Hängengeblieben und Diskurs bestimmend ist das Origi-

<sup>77</sup>MPG (1992, 21–30), insbesondere „Schwerpunkte des Jahres – Strukturelle und quantitative Haus-haltsprobleme“.

<sup>78</sup>Ash (1999b, 105–135; 2010d, 45–55).

<sup>79</sup>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. Juni 1990.

nalzitat ohne Einschränkung. Selbst die eingeschränkte Aussage Zachers kann als Beispiel für die eingangs erwähnte konkrete politische Wirksamkeit unhinterfragter Selbstverständlichkeiten – hier die Unterstellung, alle Disziplinen eines bestimmten Wissenschaftstyps seien in der DDR ideologisch ausgerichtet und allein deshalb unbrauchbar gewesen – im wissenschaftspolitischen Geschehen gelten. Aber nicht alle Schlagworte wurden derart wirksam. Auf dem Deutschen Soziologentag im Herbst 1990 bot Wolfgang Zapf eine Version der Modernisierungstheorie als Deutungsmuster für die bevorstehende Umgestaltung im Osten insgesamt an<sup>80</sup> – übrig geblieben ist davon vergleichsweise wenig.

Wie schon in der Zeit nach 1945, scheint Reflexivität im wilden Verteilungskampf eher von Nachteil gewesen zu sein. Bis heute ist eine solche bei ostdeutschen Wissenschaftlern nur in einzelnen Fällen vorhanden; gilt dies auch für die MPG? Als Beispiel unter vielen mag der Fall der damaligen MPI-Direktorin Renate Mayntz gelten: Schon im März 1992 legte sie mit ihrem bereits zitierten Aufsatz „Die außeruniversitäre Forschung im Prozess der deutschen Einigung“ eine erste sozialwissenschaftliche Analyse der eben beschriebenen Entscheidungsvorgänge vor.<sup>81</sup> Die Ausarbeitung dieser Thesen erschien bereits zwei Jahre später in Buchform und liefert bis heute eine gute Analyse des Geschehens.<sup>82</sup> Aus der Perspektive unseres Themas hier, positionierte sich die Direktorin des MPI für Gesellschaftsforschung damit als privilegierte Begleitforschungsinstantz mit Akteneinsicht. Dabei kam ihre eigene, nicht ganz unbedeutende Rolle im Evaluierungsgeschehen lediglich andeutungsweise durch eine Selbstbeschreibung an einer Stelle im Text als „teilnehmender Beobachter“ [sic!] zur Sprache.<sup>83</sup> Erst unter der Präsidentschaft von Hubert Markl kam es im neuen Jahrtausend zu einer, wenngleich völlig anders gelagerten Reflexion, nämlich der über die Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus und nach 1945.

## 9.6 Schluss

Gibt es hier überhaupt einen großen Bogen? Muss es einen geben? Um Missverständnissen vorzubeugen: Es war und ist nicht meine Absicht, die Existenz eines Kausalzusammenhangs zwischen politischen Regimewechseln und grundlegendem Wissenschaftswandel zu postulieren. Die großen Umbrüche der Wissenschaft, wie etwa die Relativitätstheorie, die Quantenmechanik, die Nuklearphysik, die Molekularbiologie oder die Theorie chemischer Verbindungen, können sehr wohl mit der politischen Ereignisgeschichte des 20. Jahrhunderts in Verbin-

---

<sup>80</sup>Zapf (1990, 23–39).

<sup>81</sup>Mayntz (1992, 64–82).

<sup>82</sup>Mayntz (1994).

<sup>83</sup>Mayntz (1992, 76).

derung gebracht werden, aber nicht so, dass sich behaupten ließe, der eine hätte jeweils den anderen verursacht. Was meiner Meinung nach aber schon erklärt werden kann, ist das Timing und die Beschaffenheit von Wissenschaftswandlungen in politischen Umbruchzeiten. Ziel dieser Überlegungen war und bleibt die Auslotung sowie die mögliche, mittels Analyse zu erzielende Ordnung von Kontingenzen. Früher hieß das in der Sozial- und der Geschichtswissenschaft: Erklärungen auf der mittleren Ebene.

Wenn sich ein großer Bogen mithilfe dieser Analysen ziehen lässt, dann im Hinblick auf eine Historisierung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik. Andere haben diese Entwicklung bereits mehrfach als zunehmende Verzahnung oder gegenseitige Abhängigkeit der beiden voneinander bezeichnet. Und sie haben auch gezeigt, wie diese verstärkte Wechselwirkung konkret mitbedingt und diskursiv vermittelt wird durch eine zunehmende Formulierung von Politik selbst als problemlösende und nicht mehr nur identitätsstiftende oder Gesinnungsinstanz sowie durch eine zunehmende Formulierung moderner Wissenschaft ebenfalls im Diskurs einer (durchaus technokratisch gedachten) Beherrschung der Natur wie auch der sozialen Welt.<sup>84</sup> Auch hier soll nicht behauptet werden, dass die hier besprochenen Regimewechsel solche langandauernden, grundlegenden Wandlungen der institutionellen Strukturen oder der gedanklichen Ausrichtung wissenschaftlicher Forschung allein verursacht hätten. Dass sie in diesem Geschehen eine wichtige, zuweilen gar beschleunigende Rolle in diesem Geschehen spielten, scheint aber anhand der hier vorgetragenen Beispiele klar zu sein.

Wie eingangs angekündigt, habe ich nun einen Zwitter, eine Mischung aus einer eigenwilligen Ernte geleisteter Forschung und den ersten Bruchstücken einer neuen Interpretation dieser und älterer Forschungsergebnisse, vorgelegt. Was wird gewonnen, wenn man so vorgeht? Wie ich meine, wird auf diese Weise ein Blick für das dynamische Geschehen auf der Mikroebene ermöglicht, und ebenso dafür, dass und wie Verhältnisse von Wissenschaft und Politik (also auch was jeweils Politik und was Wissenschaft sein sollen beziehungsweise sein dürfen) während der jeweiligen Umbrüche neu verhandelt werden. Alle relevanten Einzelheiten im Detail darzustellen und für die Zeit nach 1990 neu zu erforschen wäre ein noch viel größeres Projekt, als das Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, das immerhin 17 Bände und zahlreiche weitere Publikationen produziert hat. Ich rufe wohlweislich nicht zu solch einem neuen Projekt auf!

Stimmen nun die eingangs gemachten Grundannahmen? Die erste war, dass Kontinuität in Zeiten politischer Umbrüche keine Selbstverständlichkeit, sondern eher Wandlung der Norm sei. Das stimmt, aber noch weitaus zutreffender ist, dass Kontinuität – sei es in personeller oder in institutioneller Hinsicht oder im Hin-

<sup>84</sup>Vgl. bereits Weingart (1983, 225–241).

blick auf wissenschaftliche Forschungsprogramme – Arbeit kostet, auch wenn diese Arbeit in den verschiedenen Umbruchzeiten aufgrund der unterschiedlichen gesamtpolitischen Situation anders organisiert werden musste. Vor zwanzig Jahren hat Niklas Luhmann (1927–1998) solche Zeiten als bloße „Turbulenzen“ bezeichnet, durch die man wie beim Fliegen hindurch muss, bevor man wieder zum Alltag übergeht.<sup>85</sup> Wie diesem Text hoffentlich zu entnehmen ist, bin ich der Meinung, dass es vielmehr um Anderes und Wichtigeres geht, nämlich, wie eingangs betont, um Wandlungen beziehungsweise Neuverhandlungen der Bedingungen für die Möglichkeit zum wissenschaftlichen Arbeiten. Im Übrigen: Was die KWG beziehungsweise die MPG betrifft, ging aus alledem ohnehin nicht die alte, sondern eine neu aufgestellte Institution hervor.

Die zweite Annahme bestand darin, dass bei jedem der vier hier behandelten Regimewechsel anfangs Unklarheit darüber bestanden habe, was als Politik, aber auch darüber hinaus, was als Wissenschaft gelten soll oder wird. Somit mag sogar denkbar sein, diese Betrachtungen im Rahmen einer historischen Epistemologie weiterzuführen – vorausgesetzt, man weicht die Politikferne etwas auf, die dieser Richtung bislang, aber wie ich meine, nicht notwendigerweise inhärent zu sein scheint.

## Bibliographie

- Adam, Thomas and Gabriele Lingelbach (2013). The Place of Foundations and Endowments in German History: A Historical-Statistical Approach. *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly*.
- Albrecht, Helmuth (1993). Max Planck „Mein Besuch bei Adolf Hitler“: Anmerkungen zum Wert einer historischen Quelle. In: *Naturwissenschaft und Technik in der Geschichte*. Hrsg. von Helmuth Albrecht. Stuttgart: GNT Verlag, 41–63.
- Ash, Mitchell G. (1999a). Die Universitäten im deutschen Vereinigungsprozess: ‚Erneuerung‘ oder Krisenimport? In: *Mythos Humboldt: Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten*. Hrsg. von Mitchell G. Ash. Wien: Böhlau-Verlag, 105–135.
- (1999b). Scientific Changes in Germany 1933, 1945 and 1990: Towards a Comparison. *Minerva* 37:329–354.
- (2002). Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander. In: *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik: Bestandaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*. Hrsg. von Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 32–51.
- (2004). Wissenschaftswandlungen in politischen Umbruchzeiten: 1933, 1945 und 1990 im Vergleich. *Acta Historica Leopoldina* 39:75–95.
- (2006). Wissenschaftswandlungen und politische Umbrüche im 20. Jahrhundert: was hatten sie miteinander zu tun? In: *Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Wissenschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts*. Hrsg. von Rüdiger vom Bruch, Ute Gerhardt und Alexandra Pawliczek. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 19–37.
- (2008). Wissenschaft und Verantwortung: Zur Historisierung einer diskursiven Formation. In: *Universität im öffentlichen Raum*. Hrsg. von Rainer C. Schwinges. 10. Basel: Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, 311–344.

<sup>85</sup>Luhmann (1992, 335f., 348, 623).

- Ash, Mitchell G. (2010a). Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus: Sammelrezension. *NTM. Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin* 18(1):79–118.
- (2010b). Konstruierte Kontinuitäten und divergierende Neuanfänge nach 1945. In: *Gebrochene Wissenschaftskulturen: Universität und Politik im 20. Jahrhundert*. Hrsg. von Konrad Jarausch, Matthias Middell, Michael Grüttner, Rüdiger Hachtmann und J. John. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 215–246.
- (2010c). Nach 1989: Folgen der deutschen Wiedervereinigung für die Wissenschaftsstadt Berlin. In: *Weltwissen: 300 Jahre Wissenschaften in Berlin*. Hrsg. von Jochen Henning und Udo Andraschke. München: Hirmer, 200–204.
- (2010d). „Wie im Westen, so auf Erden“? Die deutsche Vereinigung der Hochschulen und Wissenschaften als Prozess. In: *Wissenschaft und Wiedervereinigung: Bilanz und offene Fragen. Dokumentation des Symposiums im Rahmen des Wissenschaftsjahres „Forschungsexpedition Deutschland“*. Hrsg. von Jürgen Kocka, Corina Weber und Jörg von Bilavsky. Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, 45–55.
- (2010e). Wissenschaft und Politik: Eine Beziehungsgeschichte im 20. Jahrhundert. *Archiv für Sozialgeschichte* 50:11–46.
- Beyler, Richard (2004). „Reine Wissenschaft“ und personelle Säuberung: Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft 1933 und 1945 (Ergebnisse: Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Nr. 16). Berlin: Max-Planck-Gesellschaft.
- Burkhardt, Anke und Doris Scherer (1997). Wissenschaftliches Personal. In: *Die Hochschulen in den Neuen Bundesländern: Ein Handbuch der Hochschulerneuerung*. Hrsg. von Gertraude Buck-Bechler et al. Weinheim: Wiley/VCH.
- Deichmann, Ute (1992). *Biologen unter Hitler: Vertreibung, Karrieren, Forschung*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- (1995). *Biologen unter Hitler: Portrait einer Wissenschaft im NS-Staat*. 2. Aufl. Frankfurt am Main: Fischer.
- (2001). *Flüchten, Mitmachen, Vergessen: Chemiker und Biochemiker in der NS-Zeit*. Weinheim: Wiley-VCH.
- Duisberg, Carl (1923). Rede vor der Hauptversammlung des „Vereins zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie Deutschlands“ 1921. In: *Abhandlungen 1882–1921*. Hrsg. von Carl Duisberg. Leipzig: Verlag Chemie, 587–604.
- Fischer, Eugen (1926). Aufgaben der Anthropologie, menschlichen Erblehre und Eugenik. *Die Naturwissenschaften* 14:749–755.
- Frank, Tibor (2009). *Double Exile: Migrations of Jewish-Hungarian Professionals through Germany to the United States*. Oxford/Frankfurt am Main: Taylor & Francis.
- Gausemeier, Bernd (2003). *Natürliche Ordnungen und politische Allianzen: Biologische und Biochemische Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933–1945 (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. 12)*. Göttingen: Wallstein.
- Haber, Fritz (1924). Die Chemie im Kriege (1920) und Geschichte des Gaskrieges (1923). In: *Fünf Vorträge aus den Jahren 1920–1923*. Hrsg. von Fritz Haber. Berlin: Springer.
- Hachtmann, Rüdiger (2007a). Der Ertrag eines erfolgreichen Wissenschaftsmanagements: Die Entwicklung wichtiger Kaiser-Wilhelm-Institute 1929 bis 1944. In: *Gemeinschaftsforschung, Bevollmächtigte und der Wissenstransfer: Die Rolle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im System kriegsrelevanter Forschung des Nationalsozialismus*. Hrsg. von Helmut Maier. Göttingen: Wallstein, 561–598.
- (2007b). *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“: Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 2 Bde.* Göttingen: Wallstein.

- Hahn, Otto (1975). *Forschung und Technik: Freiheit und Verantwortlichkeit* (1950). In: *Erlebnisse und Erkenntnisse: Mit einer Einführung von Prof. Dr. Karl-Erik Zimen*. Hrsg. von Otto Hahn. Düsseldorf und Wien: Dietrich Hahn, 189–198.
- Harwood, Jonathan (1993). *Mandarine oder Außenseiter? Selbstverständnis deutscher Naturwissenschaftler (1900–1933)*. In: *Sozialer Raum und akademische Kulturen: A la recherche de l'espace universitaire européen*. Hrsg. von Jürgen Schriewer, Edwin Kleiner und Christophe Charle. Frankfurt am Main: Wiley, 183–212.
- Heim, Susanne (2002). *Autarkie und Ostexpansion: Pflanzenzucht und Agrarforschung im Nationalsozialismus*. Göttingen: Wallstein.
- (2003). *Kalorien, Kautschuk, Karrieren: Pflanzenzüchtung und landwirtschaftliche Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933–1945*. Göttingen: Wallstein.
- Helmholtz, Hermann (1903). *Über das Verhältnis der Naturwissenschaften zur Wissenschaft im Allgemeinen*. In: *Vorträge und Reden*. Hrsg. von Hermann Helmholtz. 5. Aufl. Braunschweig: Friedr. Vieweg & Sohn Verlagsges.
- Hoffmann, Dieter (1993). *Operation Epsilon: Die Farm-Hall Protokolle*. Berlin: Rowohlt.
- (2000). *Das Verhältnis der Akademie zu Republik und Diktatur: Max Planck als Sekretar*. In: *Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945*. Hrsg. von Wolfram Fischer. Berlin: Oldenbourg Akademieverlag, 53–86.
- Jarausch, Konrad H. (2010). *Säuberung oder Erneuerung? Die Transformation der Humboldt-Universität 1985–2000*. In: *Gebrochene Wissenschaftskulturen: Universität und Politik im 20. Jahrhundert*. Hrsg. von Konrad H. Jarausch, Matthias Middell, Michael Grüttner, Rüdiger Hachtmann und J. John. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 327–352.
- Karady, Victor und Peter Tibor Nagy, Hrsg. (2012). *The Numerus Clausus in Hungary: Studies on the First Anti-Jewish Law and Academic Anti-Semitism in Modern Central Europe, Budapest, Pasts Inc.* Budapest: Pasts Inc. Centre for Historical Research, History Department of the Central European University.
- Kovács, Maria (2012). *Tövénytől sújtva: A numerus clausus Magyarországon, 1919–1945 (Disenfranchised by Law. The History of the Hungarian Numerus Clausus, 1919–1945)*. Budapest: Napvilág.
- Kröner, Hans-Peter (1997). *Von der Rassenhygiene zur Humangenetik: Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik nach dem Kriege*. Stuttgart: Gustav Fischer.
- Latour, Bruno (1987). *Science in Action: How to Follow Scientists and Engineers Through Society*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Lewis, Jeffrey (2004). *Kalter Krieg in der Max-Planck-Gesellschaft: Göttingen und Tübingen: eine Vereinigung mit Hindernissen, 1948–1949*. In: *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Wissenschaft, Industrie und Politik im „Dritten Reich“*. Hrsg. von Wolfgang Schieder und Achim Trunk. Göttingen: Wallstein, 403–443.
- Luhmann, Niklas (1992). *Die Wissenschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mackrakis, Kristie (1993). *Surviving the Swastika: Scientific Research in Nazi Germany*. New York: The Johns Hopkins University Press.
- Maier, Helmut (2002). *Ideologie, Rüstung und Ressourcen: Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung und die „Deutschen Metalle“ 1933–1945*. In: *Rüstungsforschung im Nationalsozialismus: Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften*. Hrsg. von Helmut Maier. Göttingen: Wallstein, 357–388.
- Hrsg. (2007). *Forschung als Waffe: Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung 1900–1945/48, 2 Bde*. Göttingen: Wallstein.
- Max-Planck-Gesellschaft (1992). *Forscher und Forschungspolitik: Der Beitrag der Forscher zur forschungspolitischen Diskussion. Berichte und Mitteilungen 1*.

- Max-Planck-Gesellschaft (1993). *Jahresbericht*. München: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.
- Mayntz, Renate (1992). Die außeruniversitäre Forschung im Prozeß der deutschen Einigung. *Leviathan* 1:64–82.
- (1994). *Deutsche Forschung im Einigungsprozess: Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989 bis 1992*. Frankfurt am Main: Max-Planck-Gesellschaft.
- MPG1991 (1991). *Jahresbericht*. München: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.
- Oexle, Otto Gerhard (1994). Wie in Göttingen die Max-Planck-Gesellschaft entstand. *Jahrbuch 1994 der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften*:43–60.
- Raphael, Lutz (1996). Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. *Geschichte und Gesellschaft* 22:165–193.
- Rürup, Reinhard (2008). *Schicksale und Karrieren: Gedenkbuch für die von den Nationalsozialisten aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vertriebenen Forscherinnen und Forscher*. Göttingen: Wallstein.
- Sachse, Carola (2002). „Persilscheinkultur“: Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Kaiser-Wilhelm / Max-Planck-Gesellschaft. In: *Akademische Vergangenheitspolitik: Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte der Nachkriegszeit*. Hrsg. von Bernd Weißbrod. Göttingen: Zeitgeschichtlicher Arbeitskreis Niedersachsen, 217–246.
- (2003). *Die Verbindung nach Auschwitz: Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten. Dokumentation eines Symposiums im Juni 2001*. Göttingen: Wallstein.
- (2009). What Research, to What End? The Rockefeller Foundation and the Max Planck Society in the Early Cold War. *Central European History* 42:97–141.
- (2010). Bedingte Umbrüche: Überlegungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der westdeutschen Nachkriegszeit. In: *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920–1970: Forschungsförderung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik*. Hrsg. von Karin Orth und Willi Oberkrome. Bd. 4. Beiträge zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 36–52.
- Schieder, Wolfgang (2004). Spitzenforschung und Politik: Adolf Butenandt in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“. In: *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Wissenschaft, Industrie und Politik im „Dritten Reich“*. Hrsg. von Wolfgang Schieder und Achim Trunk. Göttingen: Wallstein, 23–77.
- Schimank, Uwe und Andreas Stütcke (1994). *Coping With Trouble: How Science Reacts to Political Disturbances of Research Conditions*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Schmaltz, Florian (2005). *Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus: Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie*. Göttingen: Wallstein.
- (2007). Peter Adolf Thiessen und Richard Kuhn und die Chemiewaffenforschung im NS-Regime. In: *Gemeinschaftsforschung, Bevollmächtigte und der Wissenstransfer: Die Rolle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im System kriegsrelevanter Forschung des Nationalsozialismus*. Hrsg. von Helmut Maier. Göttingen: Wallstein, 305–351.
- Schmuhl, Hans-Walther (2005). *Grenzüberschreitungen: Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik 1927–1945*. Göttingen: Wallstein.
- Schüring, Michael (2006). *Minervas verstoßene Kinder: Vertriebene Wissenschaftler und die Vergangenheitspolitik der Max-Planck-Gesellschaft*. Göttingen: Wallstein.
- Sime, Ruth Lewin (2001). *Lise Meitner: Ein Leben für die Physik*. Frankfurt am Main: Insel Verlag.
- Stubbe, Hans (1935). Erbkrankheiten der Pflanzen. *Der Erbarzt* 2:65–71.
- Szöllösi-Janze, Margit (1998). *Fritz Haber 1868–1934: Eine Biographie*. München: C.H. Beck.
- Trischler, Helmuth (1999). „Big Science“ or „Small Science“? Die Luftfahrtforschung im Nationalsozialismus. In: *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus: Be-*

- standsaufnahme und Perspektiven der Forschung*. Hrsg. von Doris Kaufmann. Göttingen: Wallstein, 328–362.
- Walker, Mark (2003). *Otto Hahn: Verantwortung und Verdrängung*. Ergebnisse: Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Nr. 10. Berlin.
- Weber, Max (1968). Der Sinn der „Wertfreiheit“ der Sozial- und ökonomischen Wissenschaften (1918). In: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Hrsg. von Max Weber. 3. Aufl. Tübingen: Johannes Winckelmann, 489–540.
- Weingart, Peter (1983). Verwissenschaftlichung der Gesellschaft: Politisierung der Wissenschaft. *Zeitschrift für Soziologie* 12:225–241.
- Weiss, Sheila Faith (2010). *The Nazi Symbiosis: Human Genetics and Politics in the Third Reich*. Chicago: University of Chicago Press.
- Witt, Peter Christian (1990). Wissenschaftsfinanzierung zwischen Inflation und Deflation: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1918/1919 bis 1934/35. In: *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Hrsg. von Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke. Stuttgart: DVA, 579–656.
- Zapf, Wolfgang (1990). Modernisierung und Modernisierungstheorien. In: *Die Modernisierung moderner Gesellschaften: Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main*. Hrsg. von Wolfgang Zapf. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 23–39.